



JuRe

JUGEND UND RELIGION –
POLITISCHE JUGENDBILDUNG
AN BERUFSSCHULEN

Gefördert vom:



JuRe



Inhalt

Jugend und Religion (JuRe) – Politische Jugendbildung an Berufsschulen

Vorwort	05
Einleitung	
„ Jugend und Religion “: Neue Expertise in der politischen Jugendbildung	07
TEIL I: Das Vorhaben JuRe	
Länderübergreifender Strukturaufbau: JuRe als ARBEIT UND LEBEN (AL)-Verbundprojekt	13
Im Fokus: Islamistische und salafistische Aktivitäten an den JuRe-Standorten	17
Wer-Wo-Was: Die sieben AL Fach-HotSpots stellen sich vor	22
TEIL 2: JuRe-Expertiseaufbau im Modelljahr 2018	
Einführung: Aus Wissenschaft und Praxis	27
Götz NORDBRUCH: Prävention von religiös-extremistischen Orientierungen in der Jugendbildung	29
Tatjana MÖGLING: Mobbing an berufsbildenden Schulen	33
Fabian SINNING: Prävention von religiös begründetem Extremismus im hessischen Schulkontext	37
Teach-the-Teachers: Was wir über Berufsschulalltag und Ausbildung wissen sollten	41
Interviews nach dem Teach-the-Teachers-Workshop	44
Impressum / Bildnachweise	47

Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN DGB/VHS e.V.

Der Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN DGB/VHS e.V. ist ein bundesweiter Träger der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung.

Er wurde 1958 gemeinsam vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und den Volkshochschulen (VHS) gegründet. In seiner Funktion als Dachverband umfasst er 14 Landesorganisationen mit weiteren 120 lokalen und regionalen Einrichtungen. Über ihn werden jährlich ca. 300.000 Jugendliche und Erwachsene erreicht.

Vorwort

von Barbara Menke (Bundesgeschäftsführerin)

Liebe Leserinnen und Leser,

dass Religion wieder ein gesellschaftliches und äußerst politisches Thema in Deutschland ist, wurde exemplarisch durch die Rede des ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2010 deutlich. Mit seiner Aussage, „der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland“, löste er eine breite und kontroverse gesellschaftliche Debatte aus, die bis heute andauert und auch in Zukunft Teil des Diskurses über Deutschland als Migrationsland und -gesellschaft sein wird.

Der Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN (BAK AL) hat durch seine Beteiligung am Nationalen Präventionsprogramm gegen islamistischen Extremismus die Gelegenheit genutzt, sich in diese wichtige gesellschaftliche Debatte einzubringen.

Das Vorhaben „Jugend und Religion (JuRe). Politische Jugendbildung an Berufsschulen“ ist ein Verbundprojekt, das der BAK AL mit den sieben ARBEIT UND LEBEN Landesverbänden in Bayern, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen und Thüringen umsetzt. Dieser Verbund macht sowohl das große Interesse als auch den Bedarf für das Thema deutlich.

Die Auseinandersetzung mit dem Thema „Religion“ geschieht ganz ausdrücklich innerhalb der Profession politischer Bildung. Theologische oder religionswissenschaftliche Diskurse werden in JuRe nicht geführt. Doch den unterschiedlichen Perspektiven und Positionen, die zum Themenfeld „Religion in der Migrationsgesellschaft“ gehören, einen Raum zum Wahrnehmen, Nachdenken und Diskutieren zu geben, das ist die Aufgabe der politischen

Bildung. Die Ermöglichung der Kontroverse verschiedener Ansichten und Überzeugungen ist nicht nur ein Grundprinzip der politischen Bildung. Darin liegt gewissermaßen auch eine präventive Funktion politischer Bildung hinsichtlich der Ausbildung von Extremismen und Radikalisierungen im politischen wie auch im religiösen Bereich.

Junge Leute, und bei JuRe handelt es sich vorzugsweise um Berufsschülerinnen und -schüler, müssen wissen und erfahren, dass eine demokratische Gesellschaft von der Vielfalt und Verschiedenheit der Meinungen lebt und auch des Streitens dieser Meinungen über die richtigen Wege eines Miteinanders. Grundwerte und Rechtsstaatlichkeit markieren die Rahmenbedingungen für die Praxis gesellschaftlicher Vielfalt und ihrer selbstverständlichen Kontroversen. Es sollten möglichst alle darin zu Wort kommen, niemand darf per se ausgeschlossen oder diskriminiert werden. Dies bedeutet umgekehrt, dass niemand für alle entscheiden darf und keiner – auch keine Religion – die eigenen Wahrheiten für alle anderen geltend machen kann.

Demokratie in einer sich ständig verändernden Gesellschaft zu verstehen und zu leben, dazu gehören Wissen, Können und Erfahrungen. Diese drei Aspekte lebensweltnah Berufsschülerinnen und -schülern zu vermitteln, ist der Auftrag von JuRe. Die außerschulische politische Jugendbildung bei ARBEIT UND LEBEN bietet hierzu vielfältige Formate und Methoden und die Bereitschaft, sich bedarfsorientiert auf ihre Zielgruppen einzulassen.

Ich wünsche dem Vorhaben JuRe viel Erfolg und uns allen eine offene und konstruktive Debatte zur religiösen und weltanschaulichen Vielfalt in der Migrationsgesellschaft.

RELIGIÖS BEGRÜNDETER EXTREMISMUS

Im Vorhaben JuRe verwenden wir die Bezeichnung „religiös begründeter Extremismus“ (statt „religiöser Extremismus“). Damit soll verdeutlicht werden, dass aus Sicht der politischen Bildung nur beschrieben werden kann, dass es eine Berufung auf religiöse Inhalte und Überzeugungen gibt. Was oder in welcher Weise die Bezüge berechtigt und sachlich richtig sind, beurteilen eher Religionswissenschaften oder die entsprechenden Theologien. Uns ist die intensive Diskussion zum Extremismus-Begriff in diesem Zusammenhang durchaus bewusst (siehe hierzu die Beiträge von Eckhard Jesse und Richard Stöss auf: www.bpb.de). Inhaltlich gehen wir auch im Beitrag zur Veranstaltung mit Fabian Sinning darauf ein, siehe Seite 35.

Einleitung von Klaus Gerhards (Gesamtkoordination JuRe) „Jugend und Religion“ – Neue Expertise in der politischen Jugendbildung

Der Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN (BAK AL) konnte das Vorhaben „Jugend und Religion (JuRe) – Politische Jugendbildung an Berufsschulen“ (JuRe) auf der Grundlage von Vorerfahrungen in diesem Themenfeld beginnen. Von 2002 bis 2004 beteiligte sich AL am trägerübergreifenden Projekt „Demokratie, Kulturen, Religionen (DeKuRel)“. Gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AksB) und der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (et) wurde mit DeKuRel das Ziel einer „Qualifizierung politischer Bildung angesichts des Zusammenlebens unterschiedlicher Kulturen und Religionen in der Demokratie“ verfolgt.¹

Was war der Anlass für JuRe?

Im Hintergrund des DeKuRel-Projektes standen die Ereignisse um den 11. September 2001. Die Anschläge von Washington und New York, die von islamistischen Terroristen geplant und durchgeführt worden waren, entfachten eine neue Diskussion um das Verhältnis von Politik, Demokratie und Religion in den USA und Europa, aber auch darüber hinaus. Der sich global ausbreitende islamistisch begründete Terrorismus hatte massiven Einfluss auf die politischen und gesellschaftlichen Debatten über das Zusammenleben in den modernen Migrationsgesellschaften.

Auch die Bildungsdiskurse, die sich diesem Themenfeld zuwandten, waren und sind davon betroffen. In einer Publikation des Europarates aus dem Jahr 2016 heißt es:

„Vor 2002 war Religion als Dimension von interkultureller Bildung ausgeklammert. Sie galt als reine Privatsache. Erst allmählich wurde klar, dass Religion zunehmend Gegenstand verbreiteter Sorge und damit Teil des öffentlichen Diskurses wurde.“²

Die am Projekt DeKuRel beteiligten Träger der politischen Bildung nahmen die gesellschaftlichen Reaktionen auf die Ereignisse des 11. September zum Anlass, einen eigenen Beitrag zum notwendigen öffentlichen Diskurs in dieser Sache zu leisten. Damit war „ein wichtiger Anfang gemacht“³, interkulturelle und interreligiöse Perspektiven mit außerschulischer politischer Bildung zu verbinden. Zum erweiterten Kontext dieses politischen Bildungsdiskurses gehören die globalen Entwicklungen und gesellschaftlichen Veränderungen rund um das Phänomen Migration. Die sich durch unterschiedliche Migrationsbewegungen verändernde Gesellschaft gibt den thematischen Rahmen vor, in dem sich auch das Vorhaben JuRe bewegt.

MIGRATIONSHINTERGRUND

„Zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund zählen alle Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzen oder die mindestens ein Elternteil haben, auf das dies zutrifft. Im Einzelnen haben folgende Gruppen nach dieser Definition einen Migrationshintergrund: Ausländer, Eingebürgerte, (Spät-) Aussiedler, Personen, die durch die Adoption deutscher Eltern die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten haben, sowie die Kinder dieser vier Gruppen.“ (Statistisches Bundesamt online, siehe unten).

Zu dieser Zuschreibung gibt es einen kritischen Diskurs, der sich auf die quasi Markierung von normalen und nicht normalen Deutschen bezieht. Darin wird auf die Gefahr gesellschaftlicher Ausgrenzung und rassistischer Diskriminierung durch diese Zuschreibung aufmerksam gemacht. Uns ist diese Problematik bewusst und wir hoffen, sie durch einen reflektierten Sprachgebrauch zu vermeiden.

Vgl.: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Methoden/migrationshintergrund> – Zugriff: 23.01.2019

<https://www.idaev.de/recherchetools/glossar> – Zugriff: 23.01.2019

MIGRATIONSGESELLSCHAFT

*Um sich von einem durch Abstammung bzw. nationalstaatlicher Zugehörigkeit begründeten Gesellschaftsmodell zu lösen, wurde der Begriff der Migrationsgesellschaft 2004 von Paul Mecheril (dt. Bildungswissenschaftler, *1962) eingeführt. Er umfasst ein breites Spektrum an Wandermotiven und -phänomenen (Flucht und Vertreibung, Arbeits- und Bildungsmigration, Binnen- und transnationale Migration, Landflucht). Darüber hinaus reflektiert er auch die begleitenden Phänomene innerhalb der Mehrheits- oder Aufnahmegesellschaften wie bi- und multikulturelle Identitätsmuster, gruppenbezogene Diskriminierungen und Alltagsrassismus.*

Vgl.: <http://diversity.bildungsteam.de/migration> – Zugriff: 23.01.2019

<https://www.idaev.de/recherchetools/glossar> – Zugriff: 23.01.2019

Die zentrale Frage lautet:

„Wie wollen wir in Zukunft zusammenleben?“

Diese Frage markiert auf der einen Seite eine Schlüsselfrage unseres Präventionskonzeptes. Auf der anderen Seite stellt die gemeinsame Suche nach Antworten auf diese Frage mit möglichst vielen und unterschiedlichen Menschen ein wichtiges Ziel des Vorhabens dar.

Wir richten die Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenleben in unserem Ansatz auf die Lebenswelten der Berufsschülerinnen und -schüler aus. Welche Vorstellungen von zusammenleben haben sie? Machen sie einen Unterschied zwischen „Die“ und „Wir“ und erleben sie in ihrem Alltag solche Unterscheidungen oder Ausgrenzungen? Was bedeutet ihnen (nicht-)religiös zu sein und was macht die Vielfalt von Überzeugungen, Meinungen und Lebensweisen mit ihnen? Erleben sie in ihrem Alltag die Gesellschaft als etwas Vielfältiges, Buntes und Bereicherndes oder als unübersichtlich, chaotisch und zu kompliziert? Interessieren sie sich für Politik und erleben sie eine Politik, die sich für sie und ihre Fragen interessiert?

Warum „an Berufsschulen“?

Es geht in diesem Vorhaben um Vielfalt und Verschiedenheit, in den Lebenswelten junger Leute und in der Gesellschaft insgesamt. Wir haben uns gefragt, in welcher Schulform findet sich ein hohes Maß an sozio-kultureller Verschiedenheit und wo treffen wir auf ein hohes Maß an Vielfalt und Heterogenität auch in religiös-weltanschaulichen Fragen? Wir waren der Auffassung, dass nach den Grundschulen und eventuell auch Gesamtschulen die Berufsschulen bzw. -kollegs die bunteste und spannendste Schulform für unser Vorhaben wären. Im Fachdiskurs fanden wir Bestätigung für diese Auffassung: „Berufsbildende Schulen sind durch ein ausgesprochen hohes Maß an Heterogenität in den Bildungsabschlüssen, den Lernbiografien und den Sozialisationsbedingungen der Lernenden geprägt. In Berufsschulklassen sitzt nicht selten der Abiturient neben dem Schüler mit Hauptschulabschluss. In einem Raum wird für die anstehende Allgemeine Hochschulreife gebüffelt, während im Nebenraum die Berufsreife das Ziel ist.“⁴

Zudem hat ARBEIT UND LEBEN eine hohe Affinität zu den Bereichen Ausbildung und Arbeitswelt sowie vielfältige Projekterfahrungen im Themenfeld „Übergang Schule und Beruf“. Trotzdem ist uns klar, dass wir mit diesem Vorhaben Berufsschulen noch einmal neu kennenlernen werden. Im Vorhaben und in der Kooperation mit den Respekt Coaches geht es viel grundsätzlicher und umfassender um die politische Bildung und das Demokratielernen in und an beruflichen Schulen. Und wenn es dabei um religiöse und weltanschauliche Verschiedenheit in den Lebenswelten der Berufsschülerinnen und -schüler geht, dann ist das auch für uns eine neue thematische, didaktische und methodische Herausforderung, die wir jedoch gerne angenommen haben.

Es gibt noch einen weiteren Aspekt, der uns bewegen hat, mit dem Vorhaben an Berufsschulen zu gehen. Nach unserer Einschätzung finden die Berufsschulen im gesellschaftlichen Schul- und Bildungsdiskurs zu wenig Beachtung. Und das, obwohl die Berufsschulen mit 2,49 Millionen mehr Schülerinnen und Schüler haben als alle anderen weiterführenden Schulen in Deutschland.⁵ Für den BAK AL und das Vorhaben JuRe ist in diesem Zusammenhang eine Feststellung von besonderer Bedeutung:

„Leider gehört die Beschäftigung mit der Frage nach den Möglichkeiten und Chancen politischer Bildung im beruflichen Bildungswesen heute zu den notorisch vernachlässigten Fragestellungen der deutschen bildungspolitischen und bildungswissenschaftlichen Diskussion.“⁶

Mit unserer Entscheidung, das Vorhaben JuRe exklusiv an beruflichen Schulen zu platzieren, wollen wir ein Statement geben, wie wichtig dieser Schulsektor gesellschafts- und bildungspolitisch ist.

⁴ // Torsten KÜHN-SCHAD / Jannis PAPOUTSAKIS (2017): Heterogenität an berufsbildenden Schulen als Ressource in der politischen Bildung, in: POLIS 4/2017, S. 19

⁵ // Aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamtes für das Schuljahr 2017/18 online unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Schulen/Tabellen/allgemeinbildende-beruflicheschulen-schularten-schueler.html;jsessionid=382C8D9C4655397324050D96E65D668D.internet721> – Zugriff: 06.05.2019 / vgl. auch: Anja BESAND (2014): Monitor Politische Bildung an beruflichen Schulen. Probleme und Perspektiven, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 11 // ⁶ // Anja BESAND (2014), a.a.O., S. 17

PRIMÄRPRÄVENTION

Primäre (oder auch universelle) Prävention setzt als methodisches Konzept vor dem Auftreten etwaiger Radikalisierungserscheinungen (politische oder religiöse) an. Sie spricht breite Zielgruppen an; in unserem Fall alle Berufsschülerinnen und -schüler. Primärprävention zielt darauf, gesellschaftlich erwünschte Haltungen und Positionen zu stärken, individuelle Ressourcen zu fördern und soweit möglich die persönlichen Lebensbedingungen zu stabilisieren. Sekundäre und tertiäre Prävention setzen hingegen bei einer drohenden oder bereits bestehenden Problemlage an.

JMD RESPEKT COACHES | ANTI-MOBBING-PROFIS

Die Respekt Coaches | Anti-Mobbing-Profis der Jugendmigrationsdienste (JMDs) sind Fachkräfte der Jugendsozialarbeit, die Jugendliche an Schulen dabei unterstützen, sich besser vor religiös begründeter Radikalisierung zu schützen. Dazu bieten sie Gespräche und Teambuilding-Angebote für Schulklassen an. Sie organisieren Angebote der politischen Bildung und des Demokratielernens. Sie unterstützen Jugendliche z.B. auch bei Fragen zum Übergang von der Schule in den Beruf.

Vgl.: <https://www.jmd-respekt-coaches.de/> – Zugriff: 23.01.2019

Was beinhaltet das Angebot von JuRe?

Mit dem Vorhaben JuRe machen wir zum einen Angebote für Fachkräfte der Jugend- und Schulsozialarbeit. Wir unterstützen sie darin, Primärprävention gegen religiös begründeten Extremismus an Berufsschulen umzusetzen. Dazu gehören Empowerment-Konzepte aus der politischen Jugendbildung, thematische Bausteine und aktivierende und partizipative Formate sowie Methoden für den Einsatz in Gruppen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Zum anderen geht ARBEIT UND LEBEN (AL) mit JuRe in die Berufsschulen zu den Schülerinnen und Schülern. Wir setzen selbst Workshops, Seminare, informelle Formate sowie Medienangebote um, führen Exkursionen und Living Libraries zum Themenfeld durch oder tun dies in Zusammenarbeit mit Respekt Coaches und anderen Fachkräften.



Welche Ziele verfolgen wir mit JuRe?

Um das Vorhaben umzusetzen, baut AL neue Expertise auf drei Ebenen auf:

I. INHALTLICH-FACHLICH:

- Qualifizierung der HotSpot-Koordinatorinnen und -Koordinatoren im Themenfeld des religiös begründeten Extremismus
- Materialsammlung und Wissenstransfer zu „Religion im Jugendalter“
- Materialsammlung und Wissenstransfer zu „Demokratie und die Vielfalt der Religionen“
- Wissenstransfer zu „Sozial-, Team- und Bildungsprozessen in Berufsschulkontexten“

2. METHODISCH-DIDAKTISCH:

- Interkulturelles Lernen
- Interreligiöses Lernen
- Politisches Lernen bzw. Demokratie-, Menschenrechts- und Grundrechtbildung
- Social Learning
- Orientierung an der Lernfeld-Didaktik

3. STRUKTURELL:

- Aufbau von sieben Fach-HotSpots
- Aufbau einer Fachgruppe innerhalb der politischen Jugendbildung von AL
- Aufbau einer Datenbank zu Literatur, Materialien und Methoden (mittelfristig)
- Fachvernetzung mit anderen AL-Feldern der Radikalisierungsprävention
- Aufbau und Entwicklung interdisziplinärer Kooperationen mit dem Bundesprogramm „Respekt Coaches“

So aufgestellt, will AL in der Lage sein, mit unterschiedlichsten Gruppen von Berufsschülerinnen und -schülern im Rahmen außerschulischer politischer Jugendbildung arbeiten zu können.

Damit wollen wir den mit DeKuRel begonnenen Diskurs der politischen Jugendbildung bei AL mit dem Ziel weiterentwickeln, „allen Jugendlichen unabhängig von ihrer [sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen] Herkunft Zugänge zu eröffnen, die eine reflektierte Identifikation mit Werten und Prinzipien des demokratischen Staates“⁷ und einer offenen multi-kulturellen und multi-religiösen Migrationsgesellschaft möglich machen. ■

FACH-HOTSPOT

Der Begriff „HotSpot“ gehörte von Beginn an zu unserem Konzept.

Er meint eine Fachstelle, bei der Informationen verarbeitet werden und die etwas in die Welt sendet. So soll sich jede Fachstelle mit regionalen Akteurinnen und Akteuren im Rahmen des Vorhabens vernetzen.

Außerdem werden die HotSpots als Fach-Netzwerk von ARBEIT UND LEBEN ihre Expertise in die innerverbandliche politische Jugendbildung einbringen.



Teil I: Das Vorhaben JuRe

Länderübergreifender Strukturaufbau: JuRe als ARBEIT UND LEBEN (AL)-Verbundprojekt

Um das Vorhaben „Jugend und Religion (JuRe). Politische Jugendbildung an Berufsschulen“ realisieren zu können, haben sich sieben Landesarbeitsgemeinschaften von ARBEIT UND LEBEN (LAGen AL) mit dem Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN (BAK AL) zu einem Verbundprojekt zusammengeschlossen. Die sieben sogenannten Fach-HotSpots mit ihren Anbindungen an die LAGen in Bayern, Hamburg, Niedersachsen, NRW, Saarland, Sachsen und Thüringen stellen eine strategisch gute Verteilung dar. Das Vorhaben JuRe ist sowohl in großstädtischen wie in ländlichen Räumen positioniert und gut verteilt über das gesamte Bundesgebiet.

Die HotSpots sind die spezifischen Fachstellen im Vorhaben JuRe. Sie fungieren als Koordinierungsstellen für die thematische, methodische, konzeptionelle und auch strukturelle Arbeit nach außen und nach innen in die Strukturen von AL hinein. Hier werden Sachkenntnisse und Erfahrungskompetenzen gesammelt sowie regionale Vernetzungen und Kooperationen entwickelt.

Ihre gemeinsame Aufgabe ist der Aufbau und die Bündelung von Fachwissen zu den Themen „Jugend und Religion in der Migrationsgesellschaft“ und „religiös begründeter Extremismus und Jugend“ sowie die Ausarbeitung und Anwendung adäquater berufsschulischer Konzepte zu diesen Themen. Dazu werden die bereits gewonnenen Erfahrungen aus den unterschiedlichen Fach-HotSpots geteilt, verglichen, miteinander verbunden und für die Weiterentwicklung passgenauer Bildungsformate verwendet. Zugleich sind die HotSpots Ansprechstellen für die JuRe-Partnerinnen und -Partner, insbesondere für die Respekt Coaches | Anti-Mobbing Profis der Jugendmigrationsdienste. Somit sind die sieben Fach-HotSpots sowohl Expertise-stelle als auch Koordinierungs- und Kooperationspartner.

ARBEIT UND LEBEN verfolgt mit der Einrichtung dieser sieben HotSpots zwei wesentliche pädagogische Anliegen:

1. den Diskurs zur religiösen und weltanschaulichen Vielfalt in der Migrationsgesellschaft mitzugestalten und
2. Jugendliche dabei zu unterstützen, ihre eigene, reflektierte Position zu finden.



„Wir haben die Chance, junge Erwachsene in ihrer Identität zu stärken und die Berufsschulen bei der Bearbeitung der Themen Religion, Vielfalt und Demokratie zu unterstützen.“

Die sieben ARBEIT UND LEBEN JuRe-HotSpots und die AL Koordinierungsstelle



Der Umgang mit verschiedenen religiösen und weltanschaulichen Positionen ist essentiell für eine pluralistische und demokratische Gesellschaft. Das schließt ein, Grenzen ziehen zu können gegenüber solchen Positionen und Haltungen, die das gesellschaftliche Zusammenleben gefährden (wollen).

Damit dies gelingen kann, sprechen die Koordinatorinnen und Koordinatoren die Jugendlichen als Expertinnen und Experten ihrer Lebenswelten an. Sie sind davon überzeugt: Wer, wenn nicht die Jugendlichen selbst, verfügen über eine wichtige Expertise, um gemeinsam mit den Fachkräften Strategien gegen Radikalisierung zu entwickeln. Dazu möchten sie Jugendlichen und jungen Erwachsenen geschützte Räume bieten, in denen sie über soziale Belange und Alltagsprobleme, wie auch über Religion, Glaube und Weltanschauung diskutieren und reflektieren können. So werden Vorurteile auf den Prüfstein gestellt, Ängste und Abneigungen abgebaut und das Verständnis füreinander gefördert.

Zum Zeitpunkt der Konzipierung des Vorhabens konnten alle beteiligten LAGen AL mehrere Akteure aus dem Bereich des islamistisch begründeten Extremismus im eigenen Umfeld benennen. Daher setzen sich die LAGen AL im Rahmen dieses Vorhabens mit seinen aktuellen Erscheinungsformen auseinander und bauen hierzu eine entsprechende Expertise für ihren Präventionsauftrag auf.

Um religiös begründetem Extremismus langfristig zu begegnen, braucht es auch in der Berufsschule eine selbstverständliche Auseinandersetzung mit Themen wie Religion, Demokratie, Zivilcourage, Lebenswelt und Gesellschaft. Sie ist wichtig, damit die jungen Menschen ihre eigenen Positionen in einem offenen und partizipativen Meinungsaustausch finden können. ■

ISLAMISMUS

Unter „Islamismus“ versteht man eine Sammelbezeichnung für Auffassungen und Handlungen, die sich im Namen des Islam auf die Errichtung einer allein religiös legitimierten Gesellschafts- und Staatsordnung beziehen, wie sie seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden. Sie stellen zunächst eine Reformbewegung innerhalb des (orientalischen) Islams dar. Maßgeblich geht der Begriff (Arabisch al-islamiyya) auf den Begründer der Muslimbruderschaft Hassan al-Bana (Ägypten 1928) zurück. Dieser verstand darunter eine politische Ordnung, die ganz und gar vom Islam durchdrungen sei und alle Lebensbereiche umfassen soll.

Der Islamismus gilt seitens seiner Vertreterinnen und Vertreter zum einen als Gegenpol zur „westlichen Kultur“. Dabei ist zu beobachten, dass er sich zum anderen sowohl gegen Andersgläubige als auch gegen Muslimas und Muslime, die in ihren Verhaltensformen und Lebensentwürfen nicht den Islaminterpretationen von Islamistinnen und Islamisten entsprechen, wendet.

Innerhalb des Islamismus lassen sich unterschiedliche Positionen ausmachen, wie legalistische, gewalttolerante und dschihadistische Positionen. Man kann beim Islamismus vielleicht insgesamt von einer zeitgenössischen politisierten Lesart des Islams sprechen, die jedoch keinesweg von allen Muslimas und Muslimen geteilt wird.

Vgl.

<https://www.bpb.de/politik/extremismus/islamismus/36338/was-heisst-islamismus> – Zugriff: 17.04.2019

<https://www.bpb.de/politik/extremismus/islamismus/36339/islamismus-was-ist-das-ueberhaupt> – Zugriff: 17.04.2019

<https://www.bpb.de/politik/extremismus/islamismus/290422/die-muslimbruderschaft-in-deutschland>) – Zugriff: 03.05.2019

Im Fokus: Islamistische und salafistische Aktivitäten an den JuRe-Standorten

Alle JuRe-HotSpots konnten Akteure aus dem islamistischen oder salafistischen Bereich in ihrem Umfeld benennen. Der allgemeine öffentliche Diskurs zu Islamismus und Salafismus ist in einem hohen Maße von Informationen und Einschätzungen der Verfassungsschutzbehörden geprägt. Auch eine informierte Präventionsarbeit kommt nicht ohne Erkenntnisse des Verfassungsschutzes aus. Gleichwohl ist festzustellen, dass diese Erkenntnisse nur eine Perspektive abbilden und die von Verfassungsschutzstellen herausgegebenen Veröffentlichungen immer auch politischen Interessen unterliegen.

Uns ist bewusst, dass religiös begründeter Extremismus nicht nur islamistisch oder salafistisch geprägt ist. So finden sich im politisch extrem rechten Spektrum neuheidnische bzw. arisch-religiöse extremistische Gruppierungen wie die „Artgemeinschaft – Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V.“⁸

Wenn auch nicht militant oder terroristisch, so doch dem Extremismus zuzuordnen sind bestimmte christliche Gruppierungen und Bewegungen in Deutschland, die inhaltlich zum demokratischen Verfassungsstaat auf Distanz gehen. Dies hat z.B. der Politikwissenschaftler Alexander Kühn in seiner Dissertation „Christlicher Extremismus in Deutschland“ ausgeführt.⁹

In den folgenden Auszügen, die den Verfassungsschutzberichten (VSB) der jeweiligen Länder mit Stand 2017 entnommen sind, werden immer nur Auszüge der Berichte zitiert. Die Auswahl soll das thematische Spektrum islamistischer und salafistischer Aktivitäten in Deutschland in der Wahrnehmung des Verfassungsschutzes abbilden, nicht aber Schwerpunktaktivitäten in den betreffenden Bundesländern. An einigen Stellen wird auf ergänzende oder kritische Aspekte des zitierten Auszugs hingewiesen. Es stand jedoch außerhalb der Möglichkeiten des Redaktionsteams, alle Aussagen kritisch zu prüfen.

8 // Hamburger VSB 2017 – Pressefassung, S. 153f. // 9 // Alexander KÜHN (2017): Christlicher Extremismus in Deutschland. Das Verhältnis der Partei Bibeltreuer Christen, Christliche Mitte, Priesterbruderschaft St. Pius und Zeugen Jehovas zum demokratischen Verfassungsstaat, Leipziger Universitätsverlag / AVA-Akademische Verlagsanstalt; siehe auch: Christoph WAGENSEIL im Interview mit Alexander KÜHN, auf: REMID online: <https://www.remid.de/blog/2017/08/mit-parallelen-zu-islamistischen-ideologien-christlicher-extremismus-in-deutschland/> – Zugriff: 06.06.2019 // 10 // Verfassungsschutzbericht Bayern 2017, S. 46 // 11 // Ebd.

12 // VSB Bayern (2017), S. 47; ausführlicher: Christine SCHIRRMACHER (2018): Die Rolle der Frauen im Islamismus, bpb-online: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/islamismus/268747/die-rolle-der-frauen-im-islamismus> – Zugriff: 06.06.2019; im Vergleich: Monika TWORUSCHKA (2018): Die Frau im Islam, in: Michael KLÖCKER / Udo TWORUSCHKA (Hg.): Handbuch der Religionen, Bd. 8: IV – 6, S. 1-28 // 13 // Hierzu differenzierter: Werner SCHIFFAUER (2018): Die Islamische Gemeinschaft Milli Görüş (IGMG) in Deutschland, in: a.a.O., Bd. 7: IV – 1.3.1.1, S. 1-20 // 14 // Ergänzend hierzu die Berichterstattung zum Fall Ahmad A. in Hamburg-Bombeck wie: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/ahmed-a-messerstecher-von-hamburg-barmbek-angeklagt-a-1177347.html> – Zugriff: 06.06.2019 // 15 // „Die Zuordnung des salafistischen Personenpotenzials ergibt sich aus einer veränderten Zusammensetzung der INS, ehemals „Nordkaukasische Separatistenbewegung“ (NKSB), und somit einer angepassten Zählweise.“ (VSB Thüringen (2017), S. 70)

SALAFISMUS

Der Salafismus gilt als die wohl maßgeblichste ultra-orthodoxe Bewegung innerhalb des sunnitischen Islamismus. Der Name leitet sich vom Arabischen „salaf“ ab, was soviel bedeutet wie „ehrwürdige Alvordere“ und sich auf die ersten drei Generationen von Muslimas und Muslimen zu und nach Zeiten des Propheten Muhammad bezieht. Nach salafistischer Auffassung sei dies die reinste Form des Islam gewesen. Trotz oder gerade wegen des sehr rigiden Reglements salafistischer Auffassungen bis in die Alltagspraxis hinein gehört der Salafismus in seinen unterschiedlichen Ausprägungen zu der am stärksten wachsenden islamistischen Jugendszene in Europa.

Im Salafismus finden sich sowohl puristische, missionarische als auch gewaltbereite und militant-dschihadistische Untergruppen.

Vgl.:

Aladin EL-MAFALANI (2018): Protest, Provokation und Plausibilität. Salafismus als Jugendbewegung, in: Jennifer SCHELLHÖH u.a. (Hg.): Groß Erzählungen des Extremen. Neue Rechte – Populismus – Islamismus – War on Terror, Bielefeld: transcript Verlag), S. 137-150

<https://www.ufuq.de/pdf/Handreichung%20Protest-Provokation-Propaganda-online.pdf> – Zugriff: 17.04.2018

<https://www.bpb.de/politik/extremismus/islamismus/138468/die-salafiyya-eine-kritische-betrachtung> – Zugriff: 12.II.2018

<https://www.bpb.de/politik/extremismus/islamismus/136705/die-salafiyya-bewegung-in-deutschland> – Zugriff: 08.05.2019

Für die Bundesebene

wird allgemein eine „weit verzweigte, heterogene ‚Infrastruktur‘ des Salafismus“¹⁰ festgestellt, die jedoch meist nur lose organisiert sei und eine hohe Dynamik aufweise. „Feste, formale Organisationsstrukturen sind in der Regel nicht vorhanden. Eine Ausnahme hiervon bilden örtliche salafistische Vereine, die häufig gleichzeitig als Träger salafistisch geprägter Moscheen fungieren. Daneben gibt es zunehmend lose Personennetzwerke oder autonom agierende Einzelpersonen, die salafistische Aktivitäten entfalten. Das salafistische Spektrum verzeichnet nach wie vor steigende Anhängerzahlen. Bundesweit wurden der salafistischen Szene Ende 2017 10.800 Personen zugerechnet.“¹¹ Eine neuere Entwicklung im Salafismus und auch militanten Islamismus betrifft die Rolle oder besser „Funktionen“ der Frau: „Die Rolle der Frau in der salafistischen Szene hat sich in den letzten Jahren gewandelt. [...] Während [...] früher ausschließlich die Rolle der Frau als Mutter, Ehefrau und Unterstützerin des Ehemanns betont wurde, treten Frauen mit organisatorischen Tätigkeiten hervor und leisten logistische Unterstützung. Auch in der gewaltorientierten Szene sind Frauen – im unteren zweistelligen Bereich – aktiv.“¹²

Bayern

„Islamistischen Vereinigungen waren in Bayern im Jahr 2017 4.070 Personen zuzurechnen. Zu den mitgliederstärksten Gruppierungen bzw. Strömungen zählen nach wie vor, neben der ‚Milli-Görüs‘-Bewegung mit 2.900 Anhängern, die Anhänger des Salafismus.“¹³ Seit 2013 stieg die Zahl der Salafisten in Bayern von 550 auf 730 zum Jahresende 2017 (2016: 670) an. Von diesen 730 Salafisten sind knapp 25 Prozent (Vorjahr: 20%) dem gewaltorientierten Spektrum zuzuordnen.“ (S. 30)

„Knapp 5 Prozent des salafistischen Personenpotenzials in Bayern sind minderjährig. Bei circa 10 Prozent der 730 Salafisten handelt es sich um Konvertiten. Rund 10 Prozent des Personenpotenzials sind weiblich.“ (S. 46)

„Salafistisch geprägte Moscheen in Bayern sind insbesondere die ‚El-Salam‘-Moschee und die ‚Taufiq‘-Moschee in München, die Moschee des ‚Islamischen Zentrums Weiden e.V.‘, die ‚Al-Rahman‘-Moschee in Regensburg und die ‚As-Salam‘-Moschee in Schwandorf. Die ‚Masjid ibn Taymiyyah‘-Moschee in Nürnberg war bis zur ihrer Schließung im Oktober 2017 eine wichtige Anlaufstelle für Salafisten im Großraum Nürnberg.“ (S. 54)

Hamburg

Das im VSB 2017 dem islamistischen Terrorismus zugeordnete Messerattentat in Hamburg-Barmbek vom 28.07.2017 ließ sich nicht als terroristische Tat ermitteln, da dem Attentäter keine Verbindungen zu einer Gruppe oder Vereinigung nachgewiesen werden konnten. Gleichwohl war der Beschuldigte Ahmad A. den Hamburger Behörden bereits vor seiner Tat als Islamist bekannt. (vgl. S.34)¹⁴

„Das Gesamt-Personenpotenzial im Bereich Islamismus ist im Jahr 2017 erneut angestiegen. Dieser Anstieg resultiert vorrangig aus dem ungebrochenen Zulauf zur salafistischen Szene. In Hamburg wuchs die Zahl der Anhänger des salafistischen Spektrums [...] auf 780 Personen an (2016: 670). Von diesen 780 Salafisten sind 420 (2016: 320) der jihadistischen Strömung zuzurechnen.“ (S. 36)

„Der wichtigste Anlaufpunkt für die salafistische Szene in Hamburg ist nach wie vor die Taqwa-Moschee in Hamburg-Harburg. Neben politischen Salafisten verkehrt hier insbesondere die jihadistisch-salafistische Klientel aus dem Großraum Hamburg sowie den umliegenden Bundesländern.“ (S. 43)

Niedersachsen

„Mittlerweile lassen sich salafistische Tendenzen in Niedersachsen flächendeckend, nicht nur in Großstädten, nachweisen. Dennoch bleiben die größeren Städte mit ihren salafistisch dominierten Moscheen weiterhin Schwerpunkte der salafistischen Aktivitäten. Die Prediger, die dort auftreten, sind in das nationale und internationale salafistische Netzwerk eingebunden. Die niedersächsische salafistische Szene ist überwiegend dem politischen Spektrum zuzurechnen.“ (S. 179) „Als zentraler Anlaufpunkt für die salafistische Szene gilt dort [in Braunschweig; Anm. d. Verf.] die Moschee der Deutschsprachigen Muslimischen Gemeinschaft e.V. (DMG), wo sich im Durchschnitt regelmäßig etwa 160 Gläubige zu den Freitagspredigten versammeln. Der Braunschweiger Muhamed Ciftci tritt regelmäßig als Prediger in dieser Moschee auf. Er ist bundesweit und international als Prediger und Islamlehrer aktiv. Über Ciftci ist eine direkte Anbindung an salafistische Kreise im Ausland gegeben.“ (S. 179) „Ein weiterer Schwerpunkt des Salafismus in Niedersachsen ist Hannover. Zu den Freitagsgebeten versammeln sich hier [Deutschsprachiger Islamkreis (DIK); Anm. d. Verf.] jede Woche im Durchschnitt 300 Personen. Ebenso wurde die Moschee mitunter von Einzelpersonen, die im terroristischen Kontext auffielen, besucht. Zu diesen gehörten u. a. die Geschwister Saleh und Safia S., die beide im Februar 2016 islamistisch motivierte Anschläge in Hannover verübten.“ (S. 182) „Die überwiegende Mehrheit der [in sogenannte IS-Gebiete; Anm. d. Verf.] Ausgereisten aus Niedersachsen ist zwischen 22 und 29 Jahre alt. Etwa die Hälfte der Personen gehört dieser Altersgruppe an. Bei den restlichen niedersächsischen Ausgereisten erstreckt sich das Altersspektrum von 15 bis 44 Jahre. [...] Die meisten der ausgereisten Personen sind in Deutschland geboren und demzufolge besitzen etwa zwei Drittel von ihnen (auch) die deutsche Staatsangehörigkeit.“ (S. 215)

DSCHIHADISMUS / JIHADISMUS

Der Dschihadismus (oder angelehnt an die englische Schreibweise: Jihadismus) bezeichnet eine militante und extremistische Form des (sunnitischen) radikalen Islamismus. „Dschihad / Jihad“ leitet sich vom arabischen Wort für „Anstrengung, Kampf, Bemühung“ ab und meint zum einen die Aufforderung, stets Gutes zu tun und Unrecht zu verbieten oder zu verhindern (sogenannter „großer Dschihad“). Im Dschihadismus wird diese allgemeine ethische Ausrichtung gläubigen Handelns als gewaltsam zu führender Kampf „auf dem Wege Allahs“ interpretiert, als Pflicht zum „heiligen Krieg“ gegen vermeintlich Ungläubige und „nicht wahre“ Muslimas und Muslime. Dies ist eine radikale Lesart des sogenannten „kleinen Dschihad“ in der islamischen Rechtsgeschichte.

Diese militante Ethik steht in Verbindung mit einer anti-kolonialen Opferideologie, nach der Muslimas und Muslime weltweit unterdrückt würden.

Vgl.:

<https://www.religionen-entdecken.de/lexikon/d/dschihad> – Zugriff: 12.02.2019

<https://islam-ist.de/islamische-begriffe/dschihad/> – Zugriff: 10.07.2018

Nordrhein-Westfalen

„Von den 3000 Anhängern der salafistischen Szene in NRW sind 12% Frauen. Der Frauenanteil unter den 255 Ausgereisten aus NRW in die jihadistischen Kampfgebiete Syriens und des Irak beträgt 28%. Frauen im extremistisch-salafistischen Spektrum – Ausgereiste, Rückkehrerinnen und auch in Deutschland verbliebene Frauen – sind zunehmend gewaltbejahend und gewaltbereit. Frauen spielen zudem eine wichtige Rolle bei der Vernetzung der salafistischen Szene und beim Transfer der Ideologie an andere Frauen und an die Kinder in salafistischen Ehen.“ (S. 156)

„Innerhalb von vier Jahren – bis 2017 – sind nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden 970 Personen aus Deutschland mit einer jihadistischen Intention ausgereist, davon 255 aus Nordrhein-Westfalen. Über 300 Personen sind bereits zurückgekehrt, davon 75 nach Nordrhein-Westfalen.“ (S. 160)

„Anders als im Bereich der Straßenmissionierung, [sic] haben sich einzelne Vereine im Bereich der Hilfsorganisationen erheblich weiterentwickelt und zusätzliche Aktivitäten entfaltet. Auch dies könnte eine Folge des Liesl-Verbots sein, da salafistische Aktivisten nunmehr in andere Betätigungsfelder ausweichen und sich in diesen Vereinen engagieren.“ (S. 165)

Im Verfassungsschutzbericht NRW benannte islamistische Hilfsorganisationen sind:

- Ansaar International (S. 165f.)
- Helfen in Not (HiN) (S. 166)
- Medizin mit Herz (S. 166f.)
- Afrikabrunnen e.V. / Blue Springs LTD (S. 167)

Saarland

„Das Mitglieder-/ Anhängerpotenzial der dem Beobachtungsbereich Islamismus zugeordneten Organisationen, Gruppierungen und Einzelaktivisten im Saarland belief sich im abgelaufenen Jahr auf insgesamt rund 300 Personen (Vorjahr: ca. 260). Während bei anderen Beobachtungsfeldern leichte Rückgänge zu verzeichnen waren, erhöhte sich im Beobachtungsbereich des Salafismus die Gesamtzahl der Personen im vergangenen Jahr auf rund 250 (Vorjahr: etwa 200).“ (S. 71)

„Das breite Spektrum islamistischer Bestrebungen ist in Teilen auch im Saarland vertreten. Häufig nicht auf den ersten Blick erkennbar, bestehen Verbindungen von Organisationen oder Einzelpersonen z.B. zur ‚Hizb Allah‘ (HA), zur ‚Muslimbruderschaft‘ (MB) und auch zur ‚Tablighi-Jama‘at‘-Bewegung (TJ). Die Anziehungskraft des Salafismus insbesondere auf jüngere Menschen ist ungebrochen. [...] Der hiesigen Klientel dienen weiterhin insbesondere Vereine in Sulzbach und Merzig als Anlaufstellen; weitere Ansätze waren darüber hinaus in der Landeshauptstadt festzustellen. Nach wie vor ist die Szene nahezu in Gänze dem politischen Salafismus zuzurechnen.“ (S. 74f.)

Sachsen

„Wie in den Vorjahren bewegte sich das islamistische Personenpotenzial im Freistaat Sachsen auf bundesweit vergleichsweise niedrigem Niveau. Gegenüber 2016 ergab sich allerdings eine weitere Steigerung von rund 11 % auf ca. 390 Islamisten (2016: 350). Hiervon werden ca. 200 Personen dem salafistischen Milieu zugeordnet. [...] Im Berichtsjahr gingen im Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Sachsen zunehmend Hinweise auf islamistische Sachverhalte ein. Die Spannweite reichte hierbei von Verleumdungen bis hin zu wertigen und relevanten Informationen.“ (S. 243) „Den Schwerpunkt salafistischer Bestrebungen in Sachsen bildet seit Jahren der Verein ISLAMISCHE GEMEINDE IN SACHSEN – AL-RAHMAN-MOSCHEE E.V.. Die Anzahl der Besucher in der Al-Rahman-Moschee zum Freitagsgebet belief sich im Jahr 2017 regelmäßig auf bis zu etwa 1.000 Personen, nachdem sie in den Jahren 2015 und 2016 im Zuge der Migrationsströme stark angestiegen war. Es gehören jedoch nicht sämtliche Besucher dem salafistischen Personenpotenzial an.“ (S. 246)

„Im Frühjahr 2016 wurde im Freistaat Sachsen die SÄCHSISCHE BEGEGNUNGSTÄTTE gUG (SBS) gegründet. Sie wird aufgrund vorliegender Erkenntnisse als extremistische Bestrebung den Gruppierungen MB [Muslimbruderschaft; Anm. d. Verf.] und IGD [Islamische Gemeinschaft in Deutschland; Anm. d. Verf.] zugeordnet. Vorstand und alleinvertretungsberechtigter Geschäftsführer der SBS mit ihrem Hauptsitz in Dresden und damit deren maßgeblicher Entscheidungsträger ist Dr. Saad ELGAZAR; er ist zudem Vorsitzender des Marwa Elsherbiny Kulturzentrums Dresden e.V.“ (S. 250)

Thüringen

„Islamistische Gruppierungen haben sich in Thüringen bislang kaum strukturell etabliert. Feste, formale Organisationsstrukturen existieren in diesem Sinne im Freistaat nicht. Vielmehr agieren lose Personennetzwerke oder Einzelpersonen, die salafistische Aktivitäten entfalten. Das Potenzial der losen Anhängerschaft beläuft sich im Freistaat auf insgesamt ca. 200 Islamisten (2016: 200). Davon sind ca. 160 Personen (2016: 170) der Strömung des Salafismus zuzurechnen. Etwa 40 Personen stehen islamistischen Gruppierungen wie der ‚Islamistischen Nordkaukasischen Szene‘ (INS), der ‚Tablighi Jama‘at‘ (TJ), der ‚Muslimbruderschaft‘ (MB) oder der ‚Hizbullah‘ nahe.“ (S. 70)

„Die Anhänger der salafistischen Szene Thüringens weisen zu 96 Prozent einen Migrationshintergrund auf. Der Frauenanteil liegt bei lediglich 2,7 Prozent. Bezüglich der Altersstruktur überwiegt die Gruppe der Über-36-Jährigen mit knapp 46 Prozent gefolgt von der Gruppe der 26- bis 36-Jährigen mit knapp 32 Prozent. Die Gruppe der 16- bis 25-Jährigen macht 22 Prozent aus. Besonderes Augenmerk legen die Thüringer Sicherheitsbehörden auf jene 8,7 Prozent der Thüringer Salafisten, die einen Gewaltbezug aufweisen.“ (S. 70) ■

Wer – Wo – Was: Die sieben ARBEIT UND LEBEN Fach-HotSpots stellen sich vor

JuRe

JUGEND UND RELIGION –
POLITISCHE JUGENDBILDUNG
AN BERUFSSCHULEN

Träger des Vorhabens und Gesamtkoordination:

Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN DGB/VHS e.V.

Robertstraße 5a
42107 Wuppertal

info@arbeitundleben.de
www.arbeitundleben.de

Klaus Gerhards (Gesamtkoordination)

gerhards@arbeitundleben.de
Tel. 0202 97 404 23

ARBEIT UND LEBEN in Bayern gGmbH

ARBEIT UND LEBEN in Bayern (AL Bayern) kann aufgrund einer jahrelangen Zusammenarbeit auf gute Kontakte zu Berufsschulen zurückgreifen. Zudem kann die bayerische Koordinierungsstelle durch aktuelle und vergangene Projekte im Bereich Migration von einer breiten Erfahrung in der Arbeit mit Zugewanderten profitieren. Da sich der JuRe-Standort mit Weiden i.d.OPf. im ländlichen Raum befindet, stellt dieser einen besonderen Mehrwert für das Vorhaben dar: Seine Lage bietet im Kontext von Radikalisierungsprävention eine ergänzende Sicht auf die Problemlagen und Herausforderungen zur Perspektive eher großstädtisch geprägter Regionen.

Es gibt Erkenntnisse darüber, dass auch im ländlichen Raum Strukturen religiös geprägten Extremismus entstehen. Der Hotspot in Bayern hat z.B. die Moschee des „Islamischen Zentrums Weiden e.V.“ quasi vor der eigenen Haustür. Deshalb richten wir unseren Blick in dieser Frage nicht nur auf die Ballungszentren.

Eine Herausforderung für die Umsetzung des Vorhabens stellt die Größe des Bundeslandes Bayern dar, da hier weite Wege zu bewältigen sind. Vernetzung und Kooperationen mit anderen Akteurinnen und Akteuren im Bereich der politischen Jugendbildung und Jugendsozialarbeit sind daher von enormer Bedeutung.

*„Für mich bedeutet politische Jugendbildung
in der Migrationsgesellschaft
zur Zukunftsfähigkeit unserer vielfältigen
Gesellschaft beizutragen.“*

ARBEIT UND LEBEN in Bayern

www.arbeitundleben-bayern.de

Ruba Aburas

aburas@arbeitundleben-bayern.de



ARBEIT UND LEBEN DGB/VHS Hamburg e.V.

Die Landesorganisation Hamburg (AL Hamburg) bildet einen Fachstandort, um über ihre bisherige Arbeit hinaus jungen Menschen zu weiteren Partizipationsmöglichkeiten an der Gesellschaft zu verhelfen. Das ist der Anspruch, den der Standort Hamburg an politische Jugendbildung in der Migrationsgesellschaft stellt. Da die Landesbehörden das Extremismusphänomen früh erkannt haben, gibt es in Hamburg bereits viele Projekte zur Primärprävention, die gut miteinander vernetzt sind und deren Arbeit nachhaltig wirkt. Speziell für Berufsschulen gibt es bislang jedoch wenig Angebote. Mit dem Vorhaben „Jugend und Religion“ bietet AL nun ein Programm speziell für den Berufsschulbereich, um die vorhandenen Präventionsangebote in Hamburg zu ergänzen.

Im Bereich der politischen Bildung verfügt AL Hamburg bereits über eine große Expertise, entsprechende methodisch-didaktische Ansätze und gute Kooperationsbeziehungen, wovon auch im Vorhaben JuRe profitiert werden kann. Der Standort Hamburg kann durch seine Fachkompetenz im Bereich religionssensibler Pädagogik zum Gelingen des bundesweiten Vorhabens beitragen. Zugleich wird er sein Aufgabenfeld durch das Thema „Religion“ weiter schärfen.

„Religiös begründetem Extremismus vorzubeugen bedeutet für mich die Akzeptanz pluraler Anschauungen, Lebenswelten und Sinngebungen zu fördern sowie Pluralität als Bereicherung und Normalität zu sehen.“

ARBEIT UND LEBEN Hamburg
www.hamburg.arbeitundleben.de

Ilona Berntien
ilona.berntien@hamburg.arbeitundleben.de



Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen e.V.

AL Niedersachsen weist eine vielfältige Struktur politischer Bildnerinnen und Bildner auf, in der AL ein Hauptakteur mit jahrelanger Erfahrung und einem landesweiten Netzwerk ist. Da die Verbindung von jugendspezifischen und religiösen Fragen über kirchliche Träger hinaus geht, erhält das Vorhaben „Jugend und Religion“ einen eigenständigen Platz in der niedersächsischen Bildungslandschaft.

Die Standortexpertise liegt in der Anbindung des Vorhabens an die Zweigstelle „Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt / Zentrum für Demokratische Bildung“, wodurch der Zugriff auf Fachwissen zum Extremismus und ein unkomplizierter Zugang zu regionalen Partnerinnen und Partnern ermöglicht wird.

Niedersachsen und damit auch der JuRe-Standort in Hannover weist insofern eine Besonderheit auf, als dass sich in den letzten Jahren viele junge Menschen aus Niedersachsen der Terrormiliz „IS“ angeschlossen haben und nach Syrien und in den Irak ausgereist sind. Eine wachsende Zahl von Salafistinnen und Salafisten weist der aktuelle Verfassungsschutzbericht von 2107 aus. Außerdem sind verschiedene Moscheevereine wie der DIK-Hildesheim aufgrund extremistischer Tendenzen verboten worden.

Die verschiedenen im Themenfeld des religiös begründeten Extremismus engagierten Träger – und nun auch das Vorhaben JuRe – schaffen ein vielseitiges Angebot mit verschiedenen Zugängen. Um in diesem Themenfeld erfolgreich Präventionsarbeit leisten zu können, müssen die hier tätigen Akteurinnen und Akteure zusammenarbeiten, damit Kompetenzen und Ressourcen gebündelt werden.

„Religiös begründetem Extremismus vorzubeugen bedeutet für mich, frühzeitig auf die Bedürfnisse junger Menschen einzugehen, sie nicht zu gesellschaftlichen „Verlierern“ werden zu lassen, die jeglichen Vorwand als Begründung extremistischer Selbstermächtigung wählen können.“

ARBEIT UND LEBEN Niedersachsen
www.arbeitundleben-nds.de

Uwe Mamadou Diedhiou
uwe.diedhiou@arug-zdb.de



ARBEIT UND LEBEN DGB/VHS Nordrhein-Westfalen e.V.

In NRW gibt es bereits zahlreiche Angebote der politischen Jugendbildung an Schulen, in Jugendeinrichtungen und in der freien Bildungslandschaft. Auch AL NRW ist daran aktiv beteiligt und verfügt über ein breites Netz von Kontakten zu Berufsschulen. Damit steht das Vorhaben hier auf einer guten Grundlage. Zudem werden in NRW seit Jahren Präventionsprojekte zur Demokratiebildung in Grundschulen und in der Sekundarstufe I umgesetzt, Trainerinnen und Trainer für Zivilcourage ausgebildet und Dialogmoderatorinnen und -moderatoren für eine Kommunikation auf Augenhöhe an Schulen eingesetzt. Somit kann das Vorhaben JuRe auf diesen langjährigen Erfahrungen auf- und diese ausbauen.

Der JuRe-HotSpot in NRW ist im Regionalbüro Berg-Mark, Wuppertal, angesiedelt. Von hier aus sollen im Rahmen unseres primärpräventiven Ansatzes möglichst viele persönlichkeitsstärkende und demokratiebildende Bildungsangebote an Berufsschulen etabliert werden. Diese scheinen auch notwendig, da etwa ein Viertel (3.100 Personen) der in der BRD registrierten „radikalislamischen Fanatiker“ (WDR-Bericht vom 01.02.2019) in NRW lebt. Gemeinsam mit den Respekt Coaches und den anderen kooperierenden Akteurinnen und Akteuren wollen wir das Vorhaben JuRe bekannt machen und unsere vielfältigen Angebote gegenseitig nutzen.

„Demokratie und Vielfalt können für mich am überzeugendsten vermittelt werden, wenn Menschen zum eigenen Denken und zu emanzipatorischem Handeln erzogen werden.“

ARBEIT UND LEBEN Nordrhein-Westfalen
www.aulnrw.de / www.aul-bergmark.de

Sonja Lüddecke
lueddecke@aulnrw.de



Bildungswerk ARBEIT UND LEBEN Saarland e.V.

AL Saarland sieht es als Chance, durch das Vorhaben „Jugend und Religion“ mit jungen Menschen zu den Themen Religion und Glaube ins Gespräch zu kommen, was ein Novum für die politische Jugendbildung darstellt. Für den HotSpot in Saarbrücken heißt das, geschützte Räume für junge Menschen an Berufsschulen zu schaffen, um sich mit der Frage „Woran glaubst du?“ auseinandersetzen zu können. Ob nun jemand Buddhist oder Christin, Muslima oder areligiös ist – wir Menschen strukturieren unser Leben und Zusammenleben nach bestimmten Idealen und Glaubensgrundsätzen. Über diese ins Gespräch zu kommen, ist für den JuRe-Standort Saarland ein wichtiges Anliegen mit dem Ziel, Gemeinsamkeiten und gegenseitige Akzeptanz für ein friedliches Zusammenleben bei allen Beteiligten bewusst zu machen.

Die besondere Lage des Saarlandes im französisch-luxemburgisch-belgischen Raum spiegelt sich auch in einer länderübergreifenden Mobilität wider. Mit Blick auf die Terroranschläge auf den Pariser Konzertsaal „Bataclan“ und den Straßburger Weihnachtsmarkt, um nur zwei zu nennen, löst dies besondere Betroffenheit aus: Vielleicht hat man selbst überlegt an diesem Tag dort zu sein?

Präventionsarbeit lässt sich daher vor allem für die Koordinierungsstelle im Saarland nicht (nur) föderal-national denken, sondern sie ist Grundlage für eine grenzüberschreitende Solidarität und ein Menschenbild, bei dem Nation und andere Zuschreibungen zur Nebensache werden.

„Religiös begründetem Extremismus vorzubeugen bedeutet für mich, den Blick eben nicht auf dieses Themenfeld zu verengen, sondern zu hinterfragen, warum sich Menschen in extremistischen Kreisen verorten. Dazu gehört auch, Vorurteile und blinde Flecken bei sich selbst und in der Gesellschaft sichtbar zu machen und zu hinterfragen.“

ARBEIT UND LEBEN Saarland
www.arbeitundleben.saarland

Sabine Ricken
ricken@arbeitundleben.saarland



ARBEIT UND LEBEN Sachsen e.V.

Ein Großteil der in Sachsen lebenden Menschen gehört keiner Konfession an. In den Lehrplänen sächsischer Berufsschulen spielt das Thema „Religion“ eine eher untergeordnete Rolle. Und trotzdem oder genau deshalb gibt es hierzu eine Vielzahl an Fragen, die Schülerinnen und Schüler beschäftigen. Der Ansatz von JuRe, über Religion zu sprechen, indem man die Ansichten nicht-religiöser Menschen miteinander, stellt ein zentrales Anliegen der Koordinierungsstelle in Sachsen dar. So sind alle Schülerinnen und Schüler eingeladen, ihre Auffassungen zu äußern und darüber zu sprechen, welchen Weg sie persönlich gehen wollen.

In unseren Angeboten der außerschulischen politischen Bildung gehen wir u.a. auf die Vielfalt religiöser Praxis in der Gesellschaft ein. Wir wollen damit deutlich machen, dass das Religiöse heute von einem hohen Grad an Individualisierung geprägt ist.

Der JuRe-HotSpot Sachsen verfolgt aber auch Entwicklungen bei islamistischen oder salafistischen Gemeinden und Vereinen in Sachsen, wie etwa in Leipzig, um Informationen und Einschätzungen für die Weiterentwicklung der Primärprävention an Berufsschulen nutzen zu können.

Durch eine Vielzahl an Projekten und ein umfassendes außerschulisches Jugendbildungsangebot kann AL Sachsen auf eine lange und andauernde, erfolgreiche Zusammenarbeit mit berufsbildenden Schulen in Sachsen zurückblicken. Als etablierte Anlauf- und Beratungsstelle zu Fragen der beruflichen Qualifizierung und dualen Ausbildung profitiert AL Sachsen zudem von einem kontinuierlichen Austausch mit Ausbildungsbetrieben, Schulen, Vereinen und Einrichtungen der Jugendhilfe.

„Geeignete Formate der Primärprävention gegen Radikalisierung motivieren Menschen verständnisorientiert miteinander in Kontakt zu treten und vermeiden zugleich das Konstruieren und Problematisieren von Menschengruppen.“

ARBEIT UND LEBEN Sachsen
www.arbeitundleben.eu

Steffen Rohkohl
rohkohl@arbeitundleben.eu



ARBEIT UND LEBEN Thüringen e.V.

AL Thüringen ist nicht nur methodisch breit aufgestellt, sondern auch thematisch vielfältig. Bisherige Projekte, wie #yourvoice – Politik nicht ohne deine Stimme und JuBiTh – Jugend- und Umweltbildung in Thüringen, bilden einen wertvollen Erfahrungsrahmen für die Umsetzung von JuRe. Über diese und andere Projekte im Kontext Arbeitswelt bezogener Bildung ist ein etabliertes Netzwerk mit kooperierenden Berufsschulen entstanden. Das Thema „Religion“ ergänzt nun in diesem Bereich unser inhaltliches Portfolio.

AL Thüringen erachtet das Vorhaben JuRe für besonders wichtig, weil die Gruppe der Schülerinnen und Schüler an Berufsschulen bisher seltener im Blick politischer Bildung war. Das soll sich ändern, da die Beschäftigung mit Religion, Politik und Ethik nicht mit dem Eintritt in die Berufsschule endet, sondern auch dort elementare Fragen der Lebensgestaltung aufwirft.

Wenn auch die Präsenz islamistischer und salafistischer Gruppierungen in Thüringen nicht so groß ist wie in anderen Bundesländern, so ist dennoch klar, dass durch Propaganda im Internet und über Soziale Medien auch Berufsschülerinnen und -schüler bei uns erreicht werden.

Mit dem Wissenstransfer über mögliche Gefahren in diesem Bereich sowie der Umsetzung primärpräventiver Berufsschulkonzepte wollen wir auch das schulische Fachpersonal bzw. unsere Kooperationspartnerinnen und -partner an den Berufsschulen unterstützen.

AL Thüringen möchte mit JuRe einen Beitrag leisten, die Gesellschaft offener zu gestalten und vor allem Jugendliche widerstandsfähiger gegen Ausgrenzungen und Radikalisierung zu machen.

„Religiös begründetem Extremismus vorzubeugen bedeutet für mich, dass Menschen sich für ihre Religiosität nicht mehr schämen müssen oder Angst haben müssen, diese zu leben.“

ARBEIT UND LEBEN Thüringen
www.arbeitundleben-thueringen.de

Katja Nonn
nonn@arbeitundleben-thueringen.de



TEIL 2: JuRe-Expertiseaufbau im Modelljahr 2018



Einführung: Aus Wissenschaft und Praxis

Das Thema „Religion“ ist vergleichsweise neu in der politischen Jugendbildung und ebenso der Diskurs zur Radikalisierungsprävention in Bezug auf religiös begründeten Extremismus. Dieser kann zwar Erkenntnisse und Ergebnisse aus der Präventionsarbeit gegen Rechtsradikalismus und Rassismus aufgreifen, dennoch handelt es sich hier um ein neues und eigenständiges Themenfeld der politischen Jugendbildung.

Im Rahmen des Expertiseaufbaus und der Konzeptentwicklung innerhalb des Vorhabens „Jugend und Religion“ (JuRe) haben wir nach Impulsen aus Wissenschaft und Praxis gesucht, die uns Anregungen geben könnten für unseren eigenen Präventionsansatz. Dazu luden wir 2018 drei Fachleute aus der Forschung und der Präventionspraxis zu Impulsreferaten und Werkstattgesprächen im Rahmen unseres Expertiseaufbaus ein. Außerdem führten wir einen Teach-the-Teachers-Workshop mit Berufsschülerinnen und -schülern durch.

Die Fachvorträge sollten uns für im Themenfeld „Jugend und Religion“ relevante Aspekte sensibilisieren und uns anregen, unseren eigenen primärpräventiven Ansatz zu entwickeln. Wir wollten wissen, was Jugendliche beschäftigt, welche Rolle Religion für sie spielt und welche Faktoren zu einem religiös begründeten Radikalismus führen können. Außerdem wollten wir uns vertiefend mit der Situation an Berufsschulen und den dortigen Rahmenbedingungen für eine primärpräventive Arbeit auseinandersetzen.

Alle drei Beiträge gingen der Frage nach, wie Jugendliche im schulischen und außerschulischen Kontext zum Zusammenleben in dieser Gesellschaft stehen. Wir fanden Bestätigung in unserer Auffassung, dass diese Fragestellung nicht allein mit den Berufsschülerinnen und -schülern zu erörtern ist, sondern im Hinblick auf eine gelingende Präventionsarbeit mit allen Akteurinnen und Akteuren im System Berufsschule be- und verhandelt werden muss.

Der Fachvortrag von **Dr. Götz Nordbruch**, der über ein hohes Maß an systematischer Expertise und praktischer Erfahrung in der Präventionsarbeit verfügt, machte deutlich, in welchem Spannungsfeld sich vor allem muslimische Jugendliche bewegen und mit welchen Ausgrenzungserscheinungen sie konfrontiert sind. Er lieferte zudem Aufschlüsse darüber, wo die Differenzlinien zwischen Islam und Islamismus verlaufen bzw. in welchem mitunter uneindeutigen Bereich wir uns als politische Bilderinnen und Bildner befinden.

Ebenfalls mit Ausgrenzung befasste sich **Tatjana Mögling** in ihrem Fachvortrag, in dem sie die Ergebnisse ihrer Studie zu Mobbingphänomenen an Berufsschulen vorstellte. Sie veranschaulichte uns, inwiefern das Thema Mobbing für unser Vorhaben von Bedeutung ist.

Fabian Sinning stellte in einem spannenden Werkstattgespräch seine Vorstudie zur Ausgangslage von Radikalisierungsprävention gegen Islamismus und Salafismus im hessischen Schulkontext vor. Im letzten Workshop des ersten JuRe-Jahres vertiefte Fabian Sinning mit seinem Beitrag die Beschäftigung mit dem Extremismus- und Präventionsdiskurs im JuRe-Team. Hierbei vermittelte die Konfrontation mit Kommunikationsstrategien salafistischer Aktivisten, wie sie auf der Straße anzutreffen sind, weitere Einsichten für die argumentative Arbeit an Berufsschulen.

Das Wochenende im Format eines Teach-the-Teachers-Workshops zum Thema „Was wir über Berufsschule und Ausbildung wissen sollten“ war ein Experiment, das gelungen ist. Hier sollten Berufsschülerinnen und -schüler die Expertinnen und Experten für uns, die politischen Bildnerinnen und Bildner sowie die Respekt Coaches, sein. Unsere Fragen lauteten: Wie stellt sich das Zusammenleben in der Berufsschule und in der Ausbildung dar? Welche Aspekte sind aus Sicht der jungen Leute für eine Primärprävention zu beachten? Was verbinden sie mit dem Stichwort „religiöser Extremismus“? Wir trafen auf zwölf interessante und interessierte Expertinnen und Experten, die von einem kompetenten und motivierenden Moderator ins Gespräch miteinander und mit uns gebracht wurden.

Alle vier Veranstaltungen bestätigten uns, dass wir auf ein breites Themenspektrum mit unterschiedlichen Methoden und Formaten der politischen Jugendbildung eingehen müssen. Bestärkt sahen wir uns auch darin, dass unser Ansatz, situations- und bedarfsorientierte Gruppenangebote zu entwickeln und umzusetzen, passend ist.

ISLAMFEINDLICHKEIT / ANTIMUSLIMISCHER RASSISMUS

Als Islamfeindlichkeit / antimuslimischer Rassismus wird eine generalisierende ablehnende oder gar feindliche Haltung dem Islam bzw. Muslimas und Muslimen gegenüber bezeichnet. Diese gilt sozial-psychologisch als Erscheinungsform Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Unter antimuslimischem Rassismus wird auch ein kulturalistisch argumentierender Rassismus verstanden, der von der Grundannahme ausgeht, dass Muslimsein mit „christlich-abendländischen“ Werten unvereinbar sei.

Er wertet Muslimas und Muslime als „andersartig“, „rückständig“ und „nicht integrationswillig“ ab. Dabei ist festzustellen, dass antimuslimischer Rassismus kein Randphänomen ist, sondern ein Problem der sogenannten „Mitte“ der Gesellschaft.

Vgl.: <https://www.idaev.de/researchtools/glossar> – Zugriff: 07.06.2019

Saba-Nur CHEEMA (2017): Gleichzeitigkeiten: Antimuslimischer Rassismus und islamisierter Antisemitismus – Anforderungen an die Bildungsarbeit, in: Meron MENDEL / Astrid MESSERSCHMIDT (Hg.): Fragiler Konsens. Antisemitismuskritische Bildung in der Migrationsgesellschaft, Frankfurt/Main: Campus Verlag, S. 61-76

HOCHSCHULE FÜR ANGEWANDTE WISSENSCHAFT HAMBURG / UFUQ.DE (Hg.), 2015: „Wie wollen wir leben?“–

Filme und Methoden für die pädagogische Praxis zu Islam, Islamfeindlichkeit, Islamismus und Demokratie, Berlin / Hamburg, S. 156

Prävention von religiös-extremistischen Orientierungen in der Jugendbildung

Pädagogische Arbeit zwischen Islam, Islamfeindlichkeit und Islamismus

Fachimpuls von Dr. Götz Nordbruch (ufuq.de, Berlin) beim Kickoff am 27. April 2018

Wir standen ganz am Anfang unseres Vorhabens. Es war das erste gemeinsame Treffen der Koordinatorinnen und Koordinatoren von ARBEIT UND LEBEN. Zu diesem hatten wir Dr. Götz Nordbruch, einen der profiliertesten Präventionsexperten im Bereich religiös-extremistischer Orientierungen und Bewegungen sowie Mitbegründer von ufuq.de (Berlin), zu einem Fachinput eingeladen.

Wir wollten zu Beginn unserer Arbeit wissen, wie das Präventionskonzept einer Fachberatungsstelle aussieht und wie ufuq.de mit dem Religionsthema umgeht.

I. Die Themen Jugend und Islam im pädagogischen Kontext

Götz Nordbruch stellte gleich zu Beginn seines aufschlussreichen Vortrages heraus, dass ufuq.de Religion als ein lebensweltliches Thema von Jugendlichen und jungen Erwachsenen behandelt. Man arbeite ausschließlich pädagogisch mit dem Thema. Insofern gehe man den Fragen nach, welche Bedeutung Religion, hier in der Regel der Islam, für junge Leute habe und welche Erfahrungen sie damit verbinden. Es gehe also nicht um eine theologische oder religionswissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Islam, sondern um junge Muslimas und Muslime in dieser Gesellschaft.

Dabei sieht Nordbruch muslimische Jugendliche häufig in einem **Spannungsfeld zwischen Islam, Islamfeindlichkeit und Islamismus**. Der Islam sei für viele von ihnen, egal wie religiös sie seien und inwieweit sie ihren Glauben praktizierten, ein wichtiger Teil ihrer Identität. Das bedeute nicht, dass sich alle muslimischen Jugendlichen ausschließlich an den Vorgaben des Koran oder den Traditionen und Werten ihrer Herkunftsregionen oder denen der Eltern orientierten. In den Lebenswelten und der Alltagsgestaltung muslimischer Jugendlicher gebe es sehr wohl Individualisierung und Deethnisierung sowie Abgrenzungen von der Elterngeneration. Dies zeige sich z.B. darin, dass muslimische Jugendliche in Deutschland sich nicht zwangsläufig mit der Nationalität der Eltern identifizierten. Somit würden sich hier, nach Einschätzung Nordbruchs, auch neue muslimische Identitätsprofile entwickeln.

2. Prävention durch Irritation

Was durch die gegenseitige Abgrenzungsrhetorik jedoch befördert werde, sei eine Spaltung in ein „Wir“ und „die Anderen“. Dies führe zu weiteren Stigmatisierungen und Fremdheitszuschreibungen. Die präventive Arbeit von ufuq.de versuche daher, diesem Schwarz-Weiß- und Schubladen-Denken durch irritierende und verunsichernde Bilder und Fragen entgegenzuwirken. **Sich in der pädagogischen Arbeit „jenseits von Gewissheiten“ zu begeben, um am Ende einen eigenen, differenzierten Standpunkt finden zu können, sei ein zentraler Aspekt der Präventionsarbeit von ufuq.de.**

Götz Nordbruch stellte während seines Vortrages auch ein Zitat des deutschen Dichters und Gelehrten Johann Gottfried Herder (*1744, †1803) zur Diskussion: „Heimat ist, wo man sich nicht erklären muss.“

Dieser Satz – durchaus auch eigene Irritationen auslösend – fand viel Nachklang in unserer Runde. Einerseits bringt er ein grundlegendes menschliches Bedürfnis nach Annahme und Akzeptanz zum Ausdruck. Andererseits macht er die Realität sozialer, ethnischer oder kultureller Skepsis bis hin zu Ablehnung bewusst. Damit sprach Nordbruch jene Situationen an, in denen sich junge Menschen ständig erklären und rechtfertigen müssen für ihr So- oder Anderssein. Werde *Beheimatung* von (Teilen) der Mehrheitsgesellschaft nicht zugelassen, spiele das denen in die Hände, die mit extremen oder gar extremistischen Botschaften *heimatlosen* muslimischen und nicht-muslimischen jungen Menschen Anerkennung, Wertschätzung und Zugehörigkeit sowie die Exklusivität der *Wahren, Echten und Erwählten* anbieten.

Damit wurde deutlich, dass wir uns als politische Jugendbildung in JuRe nicht auf bestimmte Jugendliche und nicht nur auf religiös begründeten Extremismus fokussieren werden, sondern den gesellschaftlichen Kontext, wie ihn Berufsschülerinnen und Berufsschüler in ihrem Alltag erfahren, in den Mittelpunkt rücken.

Daher gehört antimuslimischer Rassismus ebenso zu unseren Themen wie Antisemitismus oder eine diffuse Fremdenfeindlichkeit.

GIBT ES „DEN“ ISLAM?

ufuq.de

- Koran
 - > ... aber was bedeutet er?
- Sunna, das Vorbild des Propheten
 - > ... aber was genau sagte und tat er?
 - > ... und was genau bedeutet Vorbild?



Junge Muslime zwischen Islam, Islamfeindlichkeit und Islamismus

6

Des Weiteren stellte Götz Nordbruch auch die Sensibilität Jugendlicher für die Aspekte **Anerkennung und Zugehörigkeit** heraus, die für den Prozess der eigenen Identitätsfindung eine bedeutende Rolle spielten. Viele muslimische Jugendliche, die zumeist auch einen sogenannten Migrationshintergrund hätten, seien täglich mit Skepsis, Ablehnung und gar offener Islamfeindlichkeit konfrontiert.

Dies führe auf Seiten der betroffenen Jugendlichen z.T. zu einer provokanten Abgrenzungsrhetorik. Diese müsse man aber pädagogisch aushalten, so Nordbruch. Zudem stelle der Islam für einige dieser betroffenen Jugendlichen auch eine Empowerment-Strategie dar. Denn hier finden sie Identifikationsmöglichkeiten und ein Zugehörigkeitsgefühl, das ihnen eine widerwillige Mehrheitsgesellschaft (Klaus J. Bade) oftmals zu versagen scheint.¹⁶

3. Rote Linien aufzeigen in der Präventionsarbeit

Für eine gelingende Präventionsarbeit sei es unerlässlich, sich empathisch in die Jugendlichen hineindenken zu können. In diesem Zusammenhang ging Nordbruch auf die „Attraktivität“ etwa salafistischer Prediger, Gruppierungen und Online-Plattformen mit ihren Botschaften und Versprechen ein. Er riet dazu, differenziert hinzuschauen, wie der Islam bei Pierre Vogel & Co. dargestellt werde. Problematisch sei es, wenn positive Aspekte einer Religion in ihr Gegenteil verkehrt würden. Diese Gefahr betrifft, so unsere Einschätzung, jede Religion oder auch Weltanschauung.

Kritisch seien demnach folgende Situationen:

„Der Bezug zum Islam ...

... bietet ein Gefühl von Gemeinschaft, geht aber manchmal auch mit dem Wunsch nach Normierung und Dominanz und **Antipluralismus** einher.

... stiftet Identität, kann aber auch **Abgrenzung** und **Abwertung** begünstigen.

... vermittelt Orientierung, kann aber auch in einen **Anspruch auf absolute Wahrheit** und Mission umschlagen.“

Daher sei ein weiterer zentraler Aspekt von Präventionsarbeit das Aufzeigen „roter Linien“.

Inhaltlich seien dies:¹⁷

- die Ablehnung von Vielfalt in religiöser, kultureller, politischer oder lebensweltlicher Hinsicht
- die Ablehnung von Demokratie und Menschenrechten sowie der vermeintliche Gegensatz von Scharia und Grundgesetz
- Verschwörungstheorien und ideologisierte Feindbilder

Auf der Verhaltensebene seien Warnsignale:

- ein radikaler Bruch mit bisherigen Einstellungen und Verhaltensweisen (z.B. Drogenkonsum, Chillen, Missachten von Autoritäten)
- damit einhergehend der Rückzug aus bisherigen sozialen Räumen und Beziehungen – bis hin zu Freundinnen und Freunden sowie Familie
- die Entwicklung eines missionarischen Eifers, alle von der eigenen Sache überzeugen zu wollen und sich abwertend – bis hin zu Mobbing und Diskriminierung – denjenigen gegenüber zu verhalten, die dem eigenen Weg nicht folgen wollen.

SALAFISMUS IN DEUTSCHLAND

ufuq.de

- Salaf > „die Altvorderen“
- vermeintlich wortgetreues Verständnis von Koran und Sunna
- absoluter Wahrheitsanspruch
- dichotomes Weltbild: haram/halal, gut/böse
- Kampf gegen westliche „Verführungen“



Was macht den Salafismus attraktiv – und was kann man tun?

26

16 // siehe Klaus J. BADE (2007): Versäumte Integrationschancen und nachholende Integrationspolitik, in: ders./Hans-Georg HIESSERICH (Hg.): Nachholende Integrationspolitik und Gestaltungsperspektiven der Integrationspraxis. Beiträge der Akademie für Migration und Integration, Heft 11, V&R unipress, Göttingen, S. 25

17 // siehe hierzu: UFUQ.DE (2015): Protest, Provokation oder Propaganda? Handreichung zur Prävention salafistischer Ideologisierung in Schule und Jugendarbeit, Berlin, S. 27f.

4. Präventionsarbeit ist „Alternativen sichtbar machen“

Für unsere Arbeit als politische Jugendbildnerinnen und -bildner war ein sehr bestärkender Aspekt die Aussage von Götz Nordbruch, dass Primärprävention im Kern Demokratieerziehung sei. Im Hinblick auf die Zielgruppe konkretisierte er, dass sich Primärprävention an Jugendliche wende, die noch nicht ideologisiert oder radikalisiert seien. Weitere Aspekte, die er einem Konzept von Primärprävention gegen religiös begründeten Extremismus zuordnet, waren:

- Jugendlichen geschützte Räume für einen freien Austausch anbieten. Nur so, so seine Erfahrung, ließen sich unterschiedliche Standpunkte offen benennen und diskutieren. Hier solle man auch auf entsprechende Gruppenkonstellationen (nicht-/muslimische Jugendliche) eingehen.
- Forderungen, die die Jugendlichen gegenüber der Gesellschaft oder Politik formulierten, bräuchten einen angemessenen Raum.
- Das zu benennen, was Demokratie und ein Zusammenleben in einer offenen und vielfältigen Gesellschaft auch vom Einzelnen verlangten.
- Alternativen zu ideologischen oder radikalen Positionen sowie Verhaltensweisen aufzeigen. Hierzu gehören insbesondere Menschen und ihre Biografien, die den Jugendlichen zeigen, wie unterschiedlich man als Muslim und Muslima in dieser Gesellschaft leben könne und wie verschieden muslimische Lebensentwürfe heute seien.

5. Impulse für das Vorhaben „Jugend und Religion (JuRe)“

Für das Vorhaben „Jugend und Religion (JuRe). Politische Jugendbildung an Berufsschulen“ bedeutet dies, dass wir einen differenzierten Blick auf die religiösen und weltanschaulichen Aspekte, die Jugendliche an Berufsschulen betreffen, haben müssen. Unser Maßstab sind die Grund- und Menschenrechte und das friedliche Zusammenleben in einer pluralistischen und demokratischen Gesellschaft. Sie werden auch die Kerninhalte unseres Konzeptes von politischer Jugendbildung an Berufsschulen sein.

Der Austausch mit Götz Nordbruch hat wesentliche Impulse für die Erarbeitung des JuRe-Präventionsverständnisses gegeben. Die klare pädagogische Ausrichtung, die die Themen „Religion und Religiöses“ in den Lebenswelten der Jugendlichen verortet, passt zum Gesamtansatz der politischen Jugendbildung von ARBEIT UND LEBEN. Das Schaffen von geschützten Gesprächs- und Diskussionsräumen, in denen Erfahrungen, Informationen und Positionen zur Entwicklung eigener Haltungen und Meinungen der Jugendlichen beitragen, entspricht unserem Empowerment-Ansatz in der politischen Bildung. Mit einer eigenen, reflektierten Meinung und Haltung sollen sich junge Menschen unabhängig von ihrer Religion in die Diskussionen um die Frage des Zusammenlebens einbringen und mit den Meinungen und Positionen Anders- oder auch Nicht-Religiöser respektvoll und tolerant umgehen können.

Darüber hinaus haben wir wichtige Anregungen zur Aufbereitung und Vermittlung salafistischer Positionen und Inhalte sowie Informationen zur Abgrenzung islamischer und islamistischer Lehren und Anschauungen erhalten. Die vielen Medienbeispiele, die Götz Nordbruch in seinem Vortrag vorgestellt hat, haben uns auf einen wichtigen Informationsbereich sowie auf didaktische Ansätze zum Themenfeld hingewiesen.

Für diesen Kickoff sei ihm nochmals herzlich gedankt!



DEUTSCHE „MUSLIMINNEN“

ufuq.de



Sibel Kekilli



Lamya Kaddor



Kübra Gümüşay

Junge Muslime zwischen Islam, Islamfeindlichkeit und Islamismus

5

Mobbing an berufsbildenden Schulen

Empirische Befunde und Handlungsanforderungen für die Fachpraxis

Fachimpuls von Dipl. Phil. Tatjana Mögling zum Expertise-Workshop am 9. Oktober 2018

Tatjana Mögling hat zusammen mit Frank Tillmann und Anna Wisniewski im Rahmen einer empirischen Studie am Deutschen Jugendinstitut (DJI) Mobbingphänomene in acht Berufsschulklassen in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt untersucht und dazu 24 Interviews mit Jugendlichen, Mitarbeitenden der Schulsozialarbeit sowie mit Beratungs- und Klassenlehrerinnen und -lehrern durchgeführt. Die Ergebnisse der Studie stellte sie im Rahmen eines Expertise-Workshops vor.¹⁸

Eingeladen haben wir Frau Mögling, weil die Studie unter dem thematischen Aspekt von Ausgrenzungsphänomenen unter Schülerinnen und Schülern das System Berufsschule beleuchtet. Beides, das System Berufsschule und der Aspekt Ausgrenzungsphänomene, schienen uns relevant zu sein für unser Vorhaben. Hinzu kam die (Neu-)Ausrichtung des Vorhabens „jugendsozialarbeit@school“, das nun unter dem Titel „Respekt Coaches | Anti-Mobbing-Profis“ nicht mehr nur die Problematik des religiös begründeten Extremismus zu seinem Präventionsauftrag zählte.

Die Ausrichtung ist nun genereller: Es geht um unterschiedliche Aspekte des Zusammenlebens in einer vielfältigen und diversen Gesellschaft, wie sie im schulischen Alltag auftreten. Und es geht um die Auseinandersetzung mit den Grund- und Menschenrechten, der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenlebens. So erschien es uns wichtig, unsere Perspektive auf das anstehende Präventionsfeld inhaltlich zu erweitern und damit eine Expertise für zukünftige Kooperationen mit den Respekt Coaches zu erarbeiten. Denn der reflektierte und methodisch begleitete Umgang mit Diversität in Gruppen und entsprechend pädagogisch begleitete Gruppenbildungsprozesse gehören zu den Basiselementen politischer Jugendbildung.

I. Berufsschulische Rahmenbedingungen für Mobbing mitdenken

Tatjana Mögling begann ihren Input mit einer Definition von Mobbing, angelehnt an die Definition von Heinz Leymann (1993). Demnach handelt es sich um ein länger andauerndes Verhältnis zwischen Mitgliedern einer sozialen Gruppe in den Rollen von Täter/n und Opfer/n. Einzeltaten oder kurze Episoden sind hiermit nicht gemeint. Charakteristisch für das Täter-Opfer-Verhältnis im Mobbing sind physische und psychische Übergriffe, die zum Teil als ritualisierte Praxis auftreten und oftmals unsichtbar bleiben.

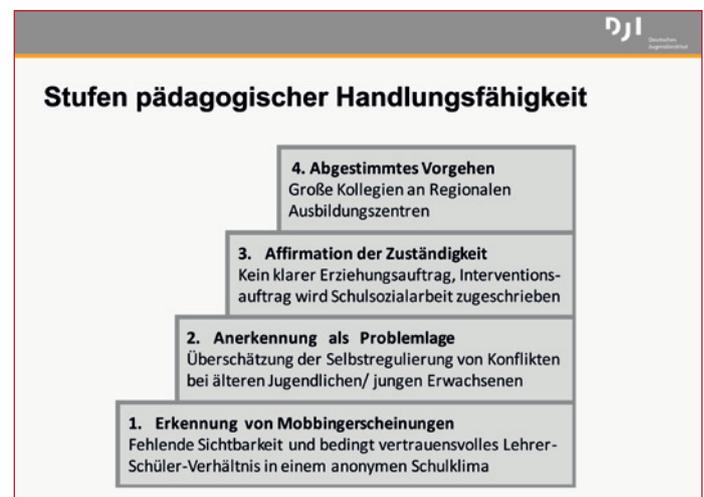
Anschließend verwies sie auf relevante berufsschulische Rahmenbedingungen:

- ein hohes Maß an Anonymität an Berufsschulzentren
- häufige Statusauseinandersetzungen aufgrund immer wieder neu entstehender Gruppenkonstellationen
- eigenständiges Austragen von Problemen und Konflikten unter den Schülerinnen und Schülern
- häufig ungünstige Arbeitsbedingungen für die Schulsozialarbeit an Berufsschulen
- kein (klarer) Erziehungsauftrag im Selbstverständnis vieler Berufsschulen
- eine hohe Bedeutung sozialer Medien für die Kommunikation der Berufsschülerinnen und -schüler zwischen den Schultagen und damit eine wachsende Gefahr auch von Cyber-Mobbing.

2. Individuelle und gruppenbezogene Risikofaktoren im Blick haben

Tatjana Mögling stellte grundsätzlich fest, dass Mobbing jede und jeden treffen könne. Es gebe allerdings bestimmte Risikofaktoren. Auf der individuellen Ebene seien dies z.B. Abweichungen von der im Klassenverband definierten „Norm(alität)“ in Bezug auf Aussehen und Auftreten, Leistung oder erkennbare Einstellungen und Haltungen.

Verstärkt würden diese individuellen Risikofaktoren durch systemimmanente Faktoren in einzelnen Berufsschulen. Dazu zählte Mögling z.B. einen pädagogischen Laissez-faire-Stil bei einzelnen Lehrkräften. Diese würden Konflikte innerhalb einer Klasse nicht ernst genug nehmen und sich häufig scheuen, einer Verfestigung des Konfliktes durch pädagogische Interventionen entgegenzutreten. Pädagogisch geboten sei dagegen ein vierstufiges Handlungskonzept:



Ferner verwies sie als systemische Risikofaktoren auf eine heterogene Zusammensetzung von Klassen, bestehende Machtasymmetrien innerhalb von Schüler/innen-Gruppen bzw. Klassen und eine fehlende soziale Kohäsion, die zumeist in der Findungsphase neu gebildeter Klassen nicht hinlänglich ausgebildet wurde.

Die beteiligten Konfliktparteien hätten erfahrungsgemäß meist nur geringe Ressourcen zur Selbstregulierung, was z.T. in deutlichen Widersprüchen zwischen Fremd- und Selbstwahrnehmung der Beteiligten begründet läge, wie Mögling und ihr Team herausfanden.

3. Die Erkenntnisse der Studie im Vorhaben „Jugend und Religion“ umsetzen

Mobbingprävention bedeutet auch Prävention gegen religiös begründeten Extremismus – und umgekehrt. Das machte Tatjana Mögling u.a. an der pädagogisch notwendigen Gestaltung von Teambuilding-Prozessen in der Findungsphase von Berufsschulklassen deutlich. Sie bezog sich auf das Phasenmodell von Bruce Tuckmann und hob insbesondere die ersten drei Phasen des Teambuilding-Prozesses hervor:

1. **Forming** - die Einstiegs- und Findungsphase (Kontakt)
2. **Storming** - die Auseinandersetzungs- und Streitphase (Konflikt)
3. **Norming** - die Regelungs- und Übereinkommensphase (Kontrakt)

Da Zugehörigkeit und Sicherheit zentrale Aspekte aller Gruppenprozesse sind, gehören Teambuilding-Angebote immer schon zum Repertoire der politischen Jugendbildung dazu.

In diesem Kontext können auch thematische Aspekte wie Werte, Überzeugungen und Haltungen ins Teambuilding eingebracht werden. Jede Berufsschulklasse muss mit unterschiedlichen Aspekten von Vielfalt und Verschiedenheit umgehen lernen. Die gemeinsame Entwicklung von Toleranz- und Akzeptanzregeln und die Erfahrung, dass sie funktionieren können, ist eines der Wirkungsziele von Primärprävention in der Berufsschule, das wir mit JuRe verfolgen.

Zwei Studienergebnisse seien hier besonders erwähnt, da sie im Workshop auch mit Tatjana Mögling diskutiert wurden:

1. Aggressivem Verhalten, wie es beim Mobbing zu Tage trete, lägen häufig auch diskriminierende oder rassistische Einstellungen zugrunde, „die sich dann gerade gegen Angehörige ethnischer bzw. religiöser Minderheiten richten“. ¹⁹
2. „Bei den untersuchten Mobbing-Phänomenen trat letztlich kein Fall auf, bei dem die Übergriffe nicht (auch) über das Medium sozialer Netzwerke erfolgten. Somit ist zumindest im berufsschulischen Kontext de facto von einer Einheit aus direktem Mobbing und Cybermobbing auszugehen“. ²⁰

Als Handlungsempfehlungen für eine Mobbingprävention stellte sie im Rahmen des Expertise-Workshops die folgenden Punkte abschließend zur Diskussion, die wir in JuRe gerne aufgreifen und vorrangig in die Kooperation mit Respekt Coaches und Mitarbeitenden in der Schulsozialarbeit einbringen wollen.

6. Handlungsempfehlungen

Präventives Vorgehen

Kollegium

- Erstellung eines schulischen **Achtsamkeitskonzept**
- **Sensibilisierung und Qualifikation** der Fachkräfte im Bereich Mobbing
- Stärkung der **Schulsozialarbeit**

Klasse

- **Teambildende** Maßnahmen
- Gemeinsam entwickelter **Verhaltenscodex**
- **Schlüsselpersonen** einbinden
- **Mentoren** für Neuankömmlinge

Die Quintessenz, die wir aus dem Austausch mit Tatjana Mögling für das Vorhaben JuRe ziehen konnten, lautet: Ein wichtiger Teil der Primärprävention wird sein, Berufsschülerinnen und -schülern Räume zu öffnen, für die im berufsschulischen Alltag oft kein Platz ist und „pädagogische Lücken“ zu füllen, die im System Berufsschule entstehen können. Denn Ursachen für das Entstehen von Mobbingverhalten gehören auch zum Kontext von religiös motivierten oder begründeten Ausgrenzungsphänomenen und Radikalisierungsprozessen unter Jugendlichen. ■

RADIKALISIERUNG

Radikalisierung beschreibt den Prozess einer zunehmenden Ideologisierung. Sie erstreckt sich über einen längeren Zeitraum, verläuft individuell sehr unterschiedlich und hat vielfältige Ursachen. Eine Gemeinsamkeit zu Beginn von Radikalisierungsprozessen kann die Suche nach Sinn und Zugehörigkeit sein, die vor allem für Jugendliche eine wichtige Rolle spielt. In dieser Anfangsphase der zunehmenden Ideologisierung und später eventuell eintretenden Radikalisierung können alltägliche Faktoren, wie Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen, familiäre Probleme, religiöse und weltanschauliche Verunsicherung, beeinflussende soziale Kontakte sowie schulische Misserfolge usw., den Radikalisierungsprozess verstärken. An dessen Ende kann, muss aber nicht, die Anwendung von Gewalt stehen. Eine zentrale Rolle für Radikalisierungsprozesse von Jugendlichen spielen zum einen das Internet und zum anderen der persönliche Kontakt zu Anhängerinnen und Anhängern aus der Szene.

Vgl.:

<https://www.antworten-auf-salafismus.de/radikal/verlauf/index.php> – Zugriff: 16.01.2019

UFUQ.DE (2015): Protest, Provokation oder Propaganda? Handreichung zur Prävention salafistischer Ideologisierung in Schule und Jugendarbeit, S. 30f.

Aladin EL-MAFALANI (2018): Protest, Provokation und Plausibilität. Salafismus als Jugendbewegung, in: Jennifer SCHELLHÖH u.a. (Hg.): Groß Erzählungen des Extremen. Neue Rechte – Populismus – Islamismus – War on Terror, Bielefeld: transcript Verlag, S. 137-150

Prävention von religiös begründetem Extremismus im hessischen Schulkontext

Ergebnisse und Impulse aus einer Vorstudie und einer Felduntersuchung

Expertise-Workshop mit Fabian Sinning am 12. Dezember 2018 in Frankfurt am Main

Zu unserem 2. Expertise-Workshop hatten wir Fabian Sinning eingeladen, der am „Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam“ der Goethe-Universität Frankfurt tätig ist und dort zum Thema „Salafismusprävention und Demokratieerziehung in hessischen Schulen“ promoviert.



Mit dem Workshop verbanden wir zwei Fragestellungen:

1. Welche wissenschaftlich fundierten Informationen über schulische Präventionsarbeit lassen sich benennen, die uns helfen, unsere eigene Expertise in diesen Kontext einzubringen?

2. Welche Erkenntnisse konnte Herr Sinning im Rahmen seiner Forschung über die Aktivitäten und Strategien islamistischer und salafistischer Gruppen oder Akteure an (hessischen) Schulen gewinnen?

Fabian Sinning vermittelte uns den Ansatz seiner Vorstudie, indem er uns die zentralen Fragen seiner Leitfadenterviews mit Lehrerinnen und Lehrern beantworten ließ:

- Was ist Prävention?
- Was ist Demokratieerziehung?
- Was ist Radikalisierung?
- Was ist religiöser Extremismus?

I. Der Extremismus-Begriff

Damit unterzog er quasi auch uns eines Kompetenzchecks, dem die Basishypothese seiner Forschung zugrunde liegt: „Lehrer haben Wissen über Demokratieerziehung, Prävention, Radikalisierung und vor allem ein fundiertes Wissen über religiösen Extremismus und seine Erscheinungsformen.“²¹ Dahinter steht der pragmatische Ansatz einer Präventionsarbeit, die sich der Lehrkräfte als „Gatekeeper“ bedienen will, um über sie ermitteln zu können, „welchen Einfluss islamistische Ideen und Denkmuster auf Schüler haben und wie diese Ideen an Schüler herangetragen werden.“²²

Das Ergebnis der Untersuchung ist nicht repräsentativ, da sich diese Vorstudie lediglich auf Befragungen an einer hessischen Schule in Offenbach beziehen kann. Dennoch ist es für unsere Wahrnehmungen und unser Vorgehen im Rahmen des Vorhabens „Jugend und Religion“ an Berufsschulen aufschlussreich gewesen: „An der untersuchten Schule lässt sich feststellen“, so das Resümee von Sinning, „dass ein grundsätzlich fundiertes Wissen zu den Themen Demokratiepädagogik und Prävention vorhanden ist. Beim Wissen zu Radikalisierung und religiösem Extremismus/Islamismus zeigen sich jedoch Wissenslücken und Probleme.“²³

Unsere eigenen Antworten auf die gestellten Leitfragen machten deutlich, dass wir in der politischen Jugendbildung inhaltlich besser aufgestellt und informiert sind. Dessen ungeachtet bot der thematische Input, den Fabian Sinning zu den vier Themenfeldern im zweiten Teil des Workshops lieferte, wichtige Vertiefungen und Ergänzungen zu unserem eigenen Diskurs.

Es ist uns bewusst, dass es eine kontroverse wissenschaftliche Debatte um diesen Begriff gibt (siehe bpb). Wir verstehen ihn im Rahmen unseres Vorhabens als einen normativen politikwissenschaftlichen Begriff. „Extremismus“ bezeichnet Positionen, Haltungen und Ideologien in ihrem diametral entgegengesetzten Verhältnis zum demokratischen Verfassungsstaat, der sich auf die Achtung und den Schutz der Menschenrechte stützt und den Raum für eine pluralistische Gesellschaft schafft (vgl. Eckhard JESSE 2015)²⁴. Extremismus stellt hiernach eine „Antithese“ zu diesem dar und ist nicht auf ein politisches „Rechts“ oder „Links“ beschränkt. Extremismus kann auch in der sogenannten gesellschaftlichen „Mitte“ vorfindbar sein²⁵ oder – wie in unserem Kontext – religiös begründet sein.

Sinning erläuterte anschaulich mit Verweis auf Armin Pfahl-Traugher, welche Merkmale dem Extremismus-Phänomen zugeschrieben werden können:

1. exklusiver Erkenntnisanspruch
2. dogmatischer Absolutheitsanspruch
3. essentialistisches Deutungsmonopol
4. holistische Steuerungsabsichten
5. deterministisches Geschichtsbild
6. identitäre Gesellschaftskonzeption
7. dualistischer Rigorismus
8. fundamentale Verwerfung.“

Anschaulicher und verständlicher werden diese Aspekte gerade auch für Schülerinnen und Schüler in dem von Kurt Edler (2015, S. 19f.)²⁶ erstellten Vergleich von Islamismus und Rechtsextremismus, den Sinning vorstellte:

	GRUNDMUSTER DES ISLAM	GRUNDMUSTER DES RECHTSEXTREMISMUS
Freund-Feind-Denken	Muslime und Ungläubige	Deutsche und Ausländer
Vision	Gottesstaat	Deutsches Reich
Politikform	Kalifat	Führerstaat
Legende	Demütigung der Muslime	Fremdherrschaft der Besatzer
Ungleichwertigkeit der Geschlechter	... der Ethnien
Ablehnung der Naturrechtslehre ... von Rechtsstaat und Demokratie	... der Gleichheit vor dem Gesetz ... von Rechtsstaat und Demokratie
Anti-Westlichkeit und Judenhass	...-Amerikanismus und -semitismus
	Religiöser Dogmatismus Lebensform-Despotie	Geschichts-Revisionismus Anti-Pluralismus

2. Radikalisierung als Prozess

Für die Arbeit in Berufsschulen und mit jungen Leuten war der Hinweis auf das Vier-Phasen-Modell von Randy Borum (2011) hilfreich, da es für bestimmte geäußerte Haltungen und Einstellungen sowie Veränderungen im Verhalten sensibilisieren kann, wie sie u.a. auch bei der Entstehung und Ausbildung von Mobbingverhalten eine Rolle spielen können:

- **Die Feststellung des Missstandes** („It’s not right“) und
- **das Gefühl der Ungerechtigkeit** („It’s not fair“) werden verbunden mit
- einer **Fremdzuschreibung von Schuld** an eine Person oder ein System („It’s your fault“) und
- **einer Verteufelung der Zielgruppe/-person** („You’re evil“) – (vgl. Borum 2011).

Fabian Sinning wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass diese Phasen in der Realität nicht schulbuchartig ablaufen. Auch führe ein solcher Prozess nicht immer oder automatisch zur Ausübung von (physischer) Gewalt.

3. Feldforschung: Islamistische Kommunikationsstrategien

Im letzten Teil des Workshops konfrontierte Fabian Sinning uns mit O-Tönen aus einem Akquisegespräch eines jungen Salafisten mit einem Passanten an einem Informationsstand. Nach dem Hören verschiedener Gesprächssequenzen analysierten wir das Gespräch anhand von vier Fragen, die Sinning vorgab:

Wie

- a. tritt der junge Mann auf?
- b. versucht er zu überzeugen?
- c. entzieht er sich einer Diskussion?
- d. verkauft er seine Position?

Ergebnisse aus unserer Analyse waren in Stichworten:

- zu a) aktuell, vorgeblich transparent, vorgeblich integriert
- zu b) Verweis auf das Grundgesetz (Religionsfreiheit, Elternrecht, Kindeswohl)
- zu c) Verweis auf die genutzte Plattform „Open Petition“ für eine Unterschriftenaktion, „Will ich jetzt nicht so reingehen ins Thema“, „Ach, Arabisch verstehen Sie eh nicht“
- zu d) Toleranz, Pluralismus, Gottesbeweis

Mit dieser sehr praktischen Übung konnten wir uns direkt mit Argumentationsstrategien junger Salafistinnen und Salafisten auseinandersetzen und bestimmte Muster entdecken, die wir in Konzept-Workshops mit Respekt Coaches, aber auch bei der Arbeit mit Berufsschülerinnen und -schülern einbringen können.

Wichtig war dabei vor allem die Erkenntnis, dass hier nicht einfältige und unvorbereitete junge Leute für ihre Sache werben. Vielmehr müssen wir davon ausgehen, dass die Ansprache junger Leute durch intelligente und geschulte Aktivistinnen und Aktivisten geschieht, die für islamistische oder salafistische Gruppen und Anliegen werben. ■

21 // Fabian SINNING (2018): Bericht Vorstudie: Monitoring Radikalisierung/Extremismus in Offenbach. Analyse qualitativer Leitfadenterviews, Erhebung des Wissenstandes von Lehrerinnen zur Extremismus- und Radikalisierungsprävention in Bezug auf religiös begründeten Extremismus, Frankfurt/Main, nicht veröffentlichtes PDF, S. 4 // 22 // a.a.O. // 23 // a.a.O., S. 19f. // 24 // Eckhard JESSE (2015): Der Begriff „Extremismus“ – Worin besteht der Erkenntnisgewinn? Quelle online: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/200098/der-begriff-extremismus-worin-besteht-der-erkenntnisgewinn> – Zugriff: 21.02.2019; vgl. Andreas BEELMANN (2019): Grundlagen eines entwicklungsorientierten Modells der Radikalisierung. Gutachterliche Stellungnahme für den 24. Deutschen Präventionstag am 20. und 21. Mai 2019 in Berlin, S. 2f. – Online: <https://www.praeventionstag.de/go/buch/?&buch=25&part=6> – Zugriff: 20.05.2019 // 25 // Siehe: Franziska SCHRÖTER (Hg.) für die Friedrich-Ebert-Stiftung (2019): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19, Kurzzusammenfassung als PDF, S. 2f. – online: <https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=39654&token=b0885615499aae36a49159101cc5a114769827c4> – Zugriff: 21.05.2019 // 26 // Siehe: Kurt EDLER (2015): Islamismus als pädagogische Herausforderung, Stuttgart: Kohlhammer-Verlag; zit. nach SINNING (2018)

SO GEHEN MENSCHEN AN UNSEREN LERNORTEN (SCHULE, BETRIEB ...) MITEINANDER UM: UNSERE VISION!

Achtsamkeit

Sensibilität

Neutralität

Neutralität

weniger Angst im Umgang

Positives ansprechen u. anerkennen

Mitgefühl

Empathie

Gemeinschaft
↓
„Wir“ zusammen

Schüler-Schüler Initiativen

Es gibt keine Norm!

WIR-Gefühl

Diskussionskultur

Anpassung

Gemeinschaftsbegriff stärken

das alle selbstbewusst auftreten können

EINHEITLICHKEIT

IM WANDEL

Teaming
2
Teamorganisation
= flache Hierarchie

Umstellung der Rechte/Pflichten

Balance

Aufklärung

Unstimmigkeiten ansprechen

Sich „kennen“ und Anerkennen

Das „Sein“ eines anderen akzeptieren

Solidarität

Motivierung zur politischen Anteilnahme

VIELFALT

GLEICHWERTIGKEIT

GLEICHBEHANDLUNG

Teach-the-Teachers: Was wir über Berufsschulalltag und Ausbildung wissen sollten

Nach den Sommerferien 2018 entstand die Idee einer zentralen Veranstaltung sowohl mit Fachkräften als auch mit Berufsschülerinnen und -schülern.

Wir wollten ein Format, bei dem Berufsschülerinnen und -schüler möglichst aus ihrer Expertise heraus kommunizieren und agieren können. Als Themenfeld wählten wir „Berufsschule und Ausbildung“.

Ziel war es, Anregungen für die praktische Arbeit an Berufsschulen zu sammeln. Die Schülerinnen und Schüler sollten den Fachkräften Impulse geben, indem sie mit ihnen aktuelle Konflikte und persönliche wie gesellschaftliche Herausforderungen im Umfeld von Berufsschule und Ausbildung thematisierten und diskutierten.



Für diese zentrale Veranstaltung sollte bundesweit über unsere HotSpots eingeladen werden.
Zum Workshop-Setting sollte außerdem eine Moderation gehören, die sowohl den Wissenstransfer strukturiert und katalysiert, als auch die Rollenverteilung im Austausch moderiert. Der Workshop-Teil am Samstag brauchte jedoch einen attraktiven Rahmen. Uns war klar, dass es nicht einfach sein würde, junge Leute zu einer solchen Veranstaltung einzuladen und zur Teilnahme zu motivieren.

Daher gehörten zum Konzept des Formates:

- der Ort: Berlin, möglichst zentral in der Stadt
- eine Location, mit Übernachtungs- und Veranstaltungsmöglichkeit sowie einem spannenden Umfeld ohne lange Fahrzeiten
- eine qualifizierte und erfahrene Moderation
- ein Programm mit Optionsmöglichkeiten im Abendbereich für die jungen Teilnehmenden
- etwas Besonderes für den Sonntagvormittag
- eine Zielgruppenspezifizierung:
Berufsschülerinnen und -schüler mit multiplikatoren Funktionen (z.B. Klassen-, Schul- oder Landesschüler-sprecherinnen und -sprecher oder Engagierte in SoR-/SmC-Schulen)

Nicht alles von dem Konzept ließ sich umsetzen oder ging auf. Für den Sonntag hatten wir ein Frühstücks-Meetup mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Medien geplant, das aus ganz unterschiedlichen Gründen nicht realisiert werden konnte. Wir haben diesen Programmteil durch eine intensive Auswertungsrunde beim gemeinsamen Frühstück genutzt und einvernehmlich entschieden, das Brandenburger Tor und die Gedenkstätte für Sinti und Roma sowie das Holocaust-Mahnmal zu besuchen und uns mit diesen Orten deutscher Geschichte gemeinsam auseinanderzusetzen.

Die Gruppe der Berufsschülerinnen und -schüler kam schwerpunktmäßig aus Berufsschulen in Sachsen, weitere aus Bayern und Hamburg. Neben den JuRe-Koordinatorinnen und -koordinatoren war noch ein Respekt Coach aus Hamburg unter den Teilnehmenden.

Mit insgesamt 18 Teilnehmenden, davon zwei Drittel Berufsschülerinnen und -schüler, waren wir sehr zufrieden für einen ersten Aufschlag. Es war eine sehr interessierte und motivierte Gruppe, die sich auf das von Maximilian Reff (Kooperative Berlin) moderierte Workshop-Konzept mit viel Engagement einließ.



Maximilian Reff skizzierte im Workshop-Protokoll den Ablauf wie folgt:

„Persönliche Informationen, die die Workshopteilnehmer*innen miteinander teilen wollten, wurden als Faceboard dokumentiert.

Zu Beginn wurde eine gemeinsame Definition von religiösem Extremismus entworfen und – dem gegenüber – ein Idealbild als Vision formuliert („So gehen Menschen an unseren Lernorten (Schule, Betrieb, ...) miteinander um“). Davon ausgehend haben die Teilnehmenden persönliche Szenarien oder Erfahrungen beschrieben, in denen von diesem Ideal abgewichen wurde.

Diese Geschichten bzw. die davon abgeleiteten Problem-bereiche und weitere Alltagssituationen wurden im darauffolgenden Design Thinking Sprint genutzt, um vonseiten der Fachkräfte Ideen für Präventionsprogramme, und vonseiten der Berufsschülerinnen und -schüler Ideen für die aktive Unterstützung von Prävention zu entwickeln. Die schriftlichen und haptischen Ergebnisse wurden vorgestellt und protokolliert. Zum Abschluss gab es ein Feedback.“

Für das Design Thinking blieb nur wenig Zeit, daher moderierte Maximilian das als „Sprint“.

Trotz der kurzen Zeit (45 Minuten) wurden wichtige Aspekte und Problembereiche für primärpräventive Angebote an Berufsschulen benannt und dafür auch Präventionsideen entwickelt.

So ging es in einem Team um eine schlechte Diskussionskultur in der Klasse. Es ging immer sehr emotional zu und das Ziel von Diskussionen wäre eher ein Machtkampf als die Förderung der persönlichen Meinungsbildung.

Die Idee war, mittels einer Referentin oder eines Referenten die Klasse bei der Entwicklung einer guten Diskussionskultur zu unterstützen. Einer der drei benannten Gründe, warum dies sinnvoll sei, lautete: „Diskussionskultur = Grundlage für Demokratie“.

Andere Aspekte und Problembereiche, die angegangen wurden, waren:

- Die **Unterstützung von Berufsschülerinnen und -schülern, die Deutsch als Zweitsprache (DaZ)** erlernen müssen. Durch ihre Sprachdefizite ergäben sich für sie, aber auch für die Klasse, eine Reihe von Problemen, u.a. Spannung zwischen Inklusions- und Exklusionsbestrebungen. Entwickelt wurde ein „Maßnahmenpaket“, das sowohl die sogenannten „DaZ-Azubis“ als auch die Klasse im Ganzen stärken und unterstützen soll und beide Seiten in die Verantwortung nimmt.
- Eine Gruppe beschäftigte sich mit **Mobbing durch die Chefin im Ausbildungsbetrieb** und titelte die Ideenskizze zur Lösung des Problems mit „Safe the Harmony“.
- „**Mut stärken soll helfen, Mut zu stärken**“ war der Titel einer Ideenskizze, in der es darum gehen sollte, dass gegenseitige Fremdheit in einer Gruppe Unsicherheiten und oft Rückzug von Einzelnen mit sich bringt. Die Gruppe wollte mit Gesprächs- und Informationsangeboten die Fremdheit abbauen, Verhaltensweisen gegenseitig verstehbar machen und durch (Selbst-)Vertrauensübungen den Mut der Einzelnen in der Gruppe stärken.
- Mit einer ähnlichen Thematik setzte sich auch eine andere Gruppe auseinander, deren Stichwort „**Aufklärung**“ war und bei der es ebenfalls um gegenseitiges Verstehen und eine bessere Konfliktprävention in einer Klasse/Gruppe ging.
- Die Qualität des Unterrichts durch die Kommunikationsfähigkeit von Lehrerinnen und Lehrern war Thema der **Gruppe „Lehrerfortbildung“**. Ausgangspunkt wie bei allen Gruppen waren konkrete Erfahrungen der jungen Teilnehmenden. Ein kreativer, motivierender und spaßmachender Unterricht wurde aber nicht nur als Aufgabe der Lehrenden gesehen, sondern als etwas, das auch von den Schülerinnen und Schülern mitgestaltet werden müsse. Als Begründung wurde u.a. „Wertschätzung von beiden Seiten“ benannt, um dieses Ziel zu erreichen.

Diese auf den ersten Blick „Alltagsprobleme“ in Berufsschule und Ausbildung verbanden die jungen Leute mit sehr grundlegenden und wertorientierten Aspekten. Fast immer ging es um Wertschätzung, gegenseitiges Verstehen und Achten, Konfliktprävention und die Grundlagen eines harmonischen und auch demokratischen Zusammenlebens. Die jungen Teilnehmenden, die nach Berlin gekommen waren an diesem Novemberwochenende und ihre freie Zeit investierten, waren besonders davon angetan, dass wir uns für sie und ihre Erfahrungen, Meinungen und Einschätzungen interessierten. Und wir waren sehr dankbar für ihre Offenheit und ihr Engagement während des gesamten Wochenendes. ■



Interviews nach dem T-t-T-Workshop mit Fabian und Vanessa

die Interviews führte Varinia Witek (Redaktion)

Einige Monate nach dem „Teach-the-Teachers“-Wochenende sind wir noch einmal mit den jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Kontakt getreten, denn wir wollten wissen, was ihnen nach dieser relativ langen Zeit im Gedächtnis geblieben ist, was sie im Nachhinein aus dem Workshop mitgenommen haben und was ihnen der Workshop aus der Retrospektive gebracht hat. Zwei der geführten Interviews sollen hier Platz finden.

Fabian Ernstberger berichtet von der nachhaltigen und synergetischen Zusammenarbeit zwischen den pädagogischen Fachkräften und den jungen Teilnehmenden. Vanessa Pilz spricht über gelebte Werte wie Respekt und Toleranz an der Berufsschule und während des „Teach-the-Teachers“-Workshops. Beide betonen die gesellschaftliche Bedeutsamkeit von Religionen.

„Es ist wichtig, dass Jugendliche sich gehört fühlen.“

Ein Interview mit Fabian (17 Jahre)

Lieber Fabian, gibt es deiner Meinung nach genug Raum für den Austausch und das Sprechen über Religionen und Religiosität im Berufsschulalltag?

„Ich bin kein sehr religiöser Mensch, interessiere mich aber sehr für die Auswirkungen einer religiösen Lebensweise. In der Berufsschule gibt es, aufgrund des sehr straffen Pensums, aber keine Zeit für den Austausch über und zwischen den Religionen.“

Glaubst du, dass sich Menschen aus religiös begründeten Motiven radikalieren?

„Ja, Religionen und damit oft verbundene Werte und Idealvorstellungen radikalieren den Betroffenen, häufig ohne dass er dies selbst merkt.“

Hast du schon mal Erfahrungen mit religiös begründetem Extremismus an deiner Schule oder in der Ausbildung gemacht?

„Nein, zum Glück habe ich noch keine Erfahrung mit religiösem Extremismus gemacht.“

Wie hast du von dem Vorhaben „Jugend und Religion (JuRe). Politische Jugendbildung an Berufsschulen“ erfahren? Welche Meinung hast du hierzu?

„Ich habe von dem Projekt erfahren, als ich im Rahmen meines Engagements als Schülersprecher die Einladung für ‚Teach-the-Teachers‘ erhalten habe. Das Vorhaben finde ich gerade in der heutigen Zeit, in der religiöse Radikalisierung zunimmt, wichtig und sehr sinnvoll.“

Welcher, für dich interessanter, Zusammenhang besteht deines Erachtens zwischen dem Vorhaben „Jugend und Religion“ und dem „Teach-the-Teachers“-Workshop?

„Beim Workshop haben sich Experten von JuRe mit jugendlichen Akteuren ausgetauscht. Der gegenseitige Austausch ist für die Arbeit vor Ort sehr hilfreich. Ich habe jetzt Experten an der Hand und diese wiederum erfahren direkt, wie sie Jugendliche gezielt ansprechen können.“

Kurz zusammengefasst, was wurde beim Workshop gemacht?

„Beim Workshop wurden Multiplikatoren²⁷ aus ganz Deutschland vernetzt. Daher war es sehr interessant zu erfahren, was woanders wie läuft. Schön war zu hören, dass es noch keine oder nur geringe Erfahrungen in diesem Bereich bei allen Teilnehmern gab.“

Was war für dich die Quintessenz bzw. die Message des Workshops?

„Um es kurz und knapp zu sagen: Jugendliche wissen am besten, wie man Projekte für und mit Jugendlichen macht. Zudem ist es wichtig, dass Jugendliche sich gehört fühlen.“

„Der Austausch zwischen und unter verschiedenen Religionen ist so spannend und interessant. So wichtig.“

Ein Interview mit Vanessa (18 Jahre)

Liebe Vanessa, welche Rolle, findest du, spielt Religion in dieser Gesellschaft?

„Meiner Meinung nach eine riesig große! In der Gesellschaft gab und gibt es schon immer verschiedene Religionen, Glaubensrichtungen und das ist auch gut. Die Herausforderung liegt letztendlich darin, auf einer guten Basis zusammenzuleben.“

Und welche Rolle spielen für dich Respekt, Achtung und Akzeptanz im berufsschulischen Miteinander?

„Das sind Grundlagen für ein gutes Miteinander. Nur wer anderen mit Respekt begegnet, kann es auch selbst erwarten. Es wird immer verschiedene Meinungen zu bestimmten Themen geben, besonders bei Diskussionen im Berufsschulalltag – was nicht bedeuten muss, dass ich diese auch vertrete. Aber ich kann mir zumindest diese Standpunkte anhören und werde sie immer tolerieren.“

Was konntest du für dich aus dem Workshop mitnehmen? Was hat dir der Workshop gebracht?

„Viele neue tolle Gedanken und Ideen für die Zukunft, meine eigene Einstellung und das Leben. Ich bin durch den Workshop tatsächlich auch noch offener und toleranter geworden. Dadurch haben die Gespräche mehr Spaß gemacht, ich konnte verschiedene Kulturen besser kennenlernen und es war einfach eine tolle Zeit. Besonders aufgefallen ist mir, dass wir alle komplett unterschiedlich sind, aber dennoch wirklich schnell zusammengefunden und uns überragend verstanden haben.“

Was war für dich die Quintessenz oder die Message des Workshops?

„In erster Linie war die Message für mich, dass man nicht blind durch die Berufsschule, den Alltag, die Welt laufen soll. Immer ein offenes Auge, ein offenes Ohr und ein offenes Herz zu haben. Vor allem für Neues. Der Austausch zwischen und unter verschiedenen Religionen ist so spannend und interessant. So wichtig. Es gibt noch genug religiös bedingte Probleme in der Gesellschaft; das ist ganz klar. Der Workshop ‚Teach-the-Teachers‘ spricht genau diese an und versucht Ursachen und Lösungen zu finden. Gemeinsam im Team war das sehr angenehm, da jeder einen guten Beitrag eingebracht hat. Wir – die jungen Erwachsenen an den Berufsschulen – sind die Zukunft; wir haben die Möglichkeit, genau diese Probleme zu beheben und für ein gesundes und spannendes Miteinander zu sorgen.“

Für die freundlichen Interviews sei den beiden herzlich gedankt. ■

IMPRESSUM



HERAUSGEBER

Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN DGB/VHS e.V.
Barbara Menke (Bundesgeschäftsführerin)
Robertstraße 5a
42107 Wuppertal

VERBUNDPARTNER



AUTORINNEN UND AUTOREN

Barbara Menke
Klaus Gerhards
Varinia Witek

REDAKTION

Barbara Menke (BAK AL)
Klaus Gerhards (BAK AL)
Varinia Witek (Wuppertal, freie politische Bildnerin)
Uwe Mamadou Diedhiou (AL Niedersachsen)

BILDNACHWEISE

Titel / S. 2: jacoblund / iStockphoto
S. 7: Sylvia Sollfrank, Schwandorf
Grafik S. 12/15/38: Antje Solenski
Fotos S. 14, S. 26 o.l., S. 26 u.l., S. 26 u.r., S. 37, S. 40:
ARBEIT UND LEBEN
S. 26 o.r.: Leona Ohsiek, Hannover
S. 26 u.M., S. 41: Gunnar Bädle, Wuppertal

GESTALTUNG

a+ design | Antje Solenski | Hagen

DRUCK

Druckerei Uwe Nolte | Iserlohn

Auflage 1/2019

Gefördert vom:



Das Vorhaben „Jugend und Religion (JuRe) – Politische Jugendbildung an Berufsschulen“ richtet sich an Berufsschülerinnen und -schüler und an Fachkräfte der Jugend- und Schulsozialarbeit.

Es lädt Jugendliche und junge Erwachsene dazu ein, zu den Themen Religionen und Weltanschauungen, gesellschaftliches Miteinander und Politik sowie Identität und Zugehörigkeit ins Gespräch zu kommen. Das Ziel ist, mit den jungen Menschen bewusste und reflektierte Haltungen zu Demokratie, Vielfalt und Toleranz zu entwickeln.

Pädagogische Fachkräfte der Jugend- und Schulsozialarbeit unterstützt JuRe dabei, wirksame Konzepte gegen religiös begründete Intoleranz und Radikalisierung an Berufsschulen umzusetzen.

Das Vorhaben wird vom Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN e.V. im Verbund mit sieben Landesarbeitsgemeinschaften von ARBEIT UND LEBEN umgesetzt und vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) seit März 2018 gefördert.

JuRe
JUGEND UND RELIGION -
POLITISCHE JUGENDBILDUNG
AN BERUFSSCHULEN

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend